

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Kurt Dönhoff 4106/4108



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Doko-Allee-Drag 6
Druckanschrift: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung behält 4 Wochen vor dem Druckverfall, wenn nicht anders bestimmt ist. Erscheinungsort ist Berlin.

Berlin, den 18. März 1930

Neue Botschaft Hindenburgs.

Schnelle Hilfe für den deutschen Osten

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichspräsident hat am Dienstag das deutsch-polnische Liquidationsabkommen unterzeichnet und dem sozialdemokratischen Reichskanzler die Tatsache der Unterzeichnung durch besonderes Schreiben zur Kenntnis gebracht.

In diesem Schreiben teilt der Reichspräsident mit, die Ueberzeugung gewonnen zu haben, dass gegen das vom Reichstag verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen; er verstehe aber auch, so betont der Reichspräsident, die im notleidenden Osten unseres Vaterlandes gegen das deutsch-polnische Liquidations- und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände. Das Liquidationsabkommen habe in erster Linie zum Ziele, die deutschen Standesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Er hoffe, dass dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht werde. Aber zugleich erwache der Reichsregierung die Pflicht, den Ostpreussen und anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen ist, zu helfen und ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Dass auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, müsse der Reichspräsident in dieser Stunde, in der er trotz mancher Bedenken das Liquidationsabkommen ausfertige, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

Das Schreiben des Reichspräsidenten gibt dann einen Ueberblick über das von ihm verlangte Ostprogramm: Zunächst sei erforderlich, dass die zur Zeit zur Beratung stehenden Agrarmassnahmen, die der ganzen Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig seien, mit aller Beschleunigung und in einem Umfang durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den grossen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Diese allgemeinen Massnahmen würden aber für den verzweifelt um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen. Für den Osten müsse, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten. Viele landwirtschaftliche Betriebe seien in einem Grade überschuldet, dass es ihnen unmöglich sei, aus den Ertrügnissen auch nur die Zinsen aufzubringen und den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier müssten grosse Mittel bereitgestellt werden, um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermässig hohen Zinssätzen zu geben, ihnen die Umschuldung zu ermöglichen und den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz fast der gesamten Bevölkerung des Ostens sei. Geschehe das nicht, dann sei der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltbar.

Die Botschaft beschäftigt sich dann mit der Aufbringung der Finanzmittel für die Aktion. Hindenburg sagt darüber u.a.: "Ich weiss wohl, dass es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird - so nehme ich an - aus den gesteigerten Ertrügnissen, welche die

erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, dass der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmass gemindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das am Montag zwischen Deutschland und Polen paraphierte neue Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen grosse Opfer auferlegt und in weiten Kreisen gerade im Osten die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen. Es erscheint mir billig und recht und auch zur Beseitigung dieser Misstimmung geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird und dies in der Weise geschieht, dass alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten 5 Jahre, aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Es ist in der letzten Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden; hier ist ein Gebiet, wo sich diese Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sanierung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zu allgemein-wirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Besserung unserer Handelsbilanz beitragen kann. Aus Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie (Die Grundzüge der vorgeschlagenen Regelung kommen von dem Industriellen Dr. Silverberg. Die Red.) hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, dass dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleichs auch in der Industrie trotz eigener Sorge und trotz der Klagen über die hohen, die Produktion bedrückenden Lasten - Verständnis findet."

Mit der Botschaft Hindenburgs kann die Hilfe für den Osten, um die in den letzten Monaten heftig gerungen wurde, als gesichert gelten. Als Selbstverständlichkeit setzen wir voraus, dass das Reformwerk wirklich der Landwirtschaft und der Industrie im Osten zugute kommt und die Initiative nicht in einer blösen Subventionspolitik für eine rückständige Grosslandwirtschaft und ein opponierendes Agrariertum untergeht. Hier müssen die Massnahmen in Kraft treten, die sich bereits bei der zweiten Ostpreussenhilfe unter dem vom Reich und Preussen bestellten Kommissar bewährt haben. Man wird über diese Dinge noch später zu reden haben. Feststellen möchten wir aber für heute noch, dass die im Zusammenhang mit den letzten politischen Ereignissen auf Hindenburg gerichteten Angriffe hauptsächlich von Rechtskreisen im Osten ausgingen. Der gleiche Hindenburg beantwortet die Herabsetzung seiner Persönlichkeit und seines Pflichtgefühls mit einer grosszügigen Hilfsaktion für die Rebellen!

SPD. Warschau, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der polnische Staatspräsident beauftragte am Dienstag den Senatsmarschall Professor Julius Szymanski mit der Neubildung des Kabinetts, Szymanski ist von Beruf Professor der Augenheilkunde.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags fragte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Lichtenberg den Reichsarbeitsminister am Dienstag unter Hinweis auf die jüngste Hamburger Rede des Reichsfinanzministers Moldenhauer, ob die Pläne des Kabinetts auf eine weitere Einschränkung der Arbeitslosenversicherung hinielen. Reichsarbeitsminister Wissell erklärte:

"Reichsfinanzminister Moldenhauer hat nicht als Finanzminister, sondern als Privatperson gesprochen. Sonst hätte er sich vorher mit dem Ressortminister in Verbindung gesetzt. Die Vorlage des Kabinetts geht nach einer anderen Richtung als es in dieser Rede zum Ausdruck gekommen ist. Wenn in dieser Rede von orga-

nisatorischem Umbau" gesprochen wird, so habe ich die Notwendigkeit eines solchen Umbaus noch nicht gespürt. Die Organisation der Arbeitslosenversicherung ist vom Reichstag beschlossen worden. Ich kann mir nicht denken, dass der Reichstag einen Beschluss fasst, ohne sich vorher ein klares Bild zu machen. Dass der Sparkommissar die Reichsanstalt untersucht hat, ist nicht weiter auffällig, er hat auch andere Ressorts untersucht. Bei manchen Kritiken über Misstände in der Arbeitslosenversicherung scheint die Sachkunde vollständig zu fehlen. Einen Höhepunkt hat die "Braunschweigische Landeszeitung" erreicht, die die Arbeitslosenversicherung als Pestbeule am deutschen Wirtschaftskörper bezeichnet. Für die Antwort fehlen mir parlamentarische Ausdrücke. Wer mit solchen Worten um sich wirft, muss auch zeigen, wo die Pestbeule sitzt. Kein vernünftiger Mensch wehrt sich gegen die Abschaffung von Misständen und Missbräuchen. In dieser Richtung sind wir ja auch schon im vergangenen Jahre vorgegangen."

In der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses wird der Reichsfinanzminister zugegen sein.

SPD. New Delhi, 18. März (Eig. Drahtb.)

Gandhi und seine Jünger haben am Dienstag die siebente Etappe ihres Marsches von Ahmedabad nach Jalalpur zurückgelegt. Das Ziel des Marsches war am Dienstag Borsad. Während bisher einige der Anhänger Gandhis eigenes Taschengeld mit sich führten und sich selbst verpflegten, hat Gandhi jetzt die Weisung gegeben, alles Geld an die gemeinsame Kasse abzuführen. Im Lager Gandhis rechnet man täglich mit der Verhaftung des Führers. Wie verlautet, ist für diesen Fall beabsichtigt, unter den weiblichen Anhängern des indischen Freiheitsführers ein Freiwilligen-Korps auszuheben, das sich sofort nach der Verhaftung Gandhis dem Kreuzzug nach dem Salzlager von Jalalpur anschliessen soll.

In Ragun begann am Dienstag der Prozess gegen den nationalistischen Oberbürgermeister von Kalkutta Gupka, der unter der Anklage des Aufruhrs steht. Gupka, ein Anhänger Gandhis, weigerte sich, dem Gerichtshof irgendwelche Antwort zu geben; er hat auch auf die Freilassung gegen Stellung einer Kautionsausgründen der Demonstration gegen die britische Justizverwaltung protestiert.

SPD. Leipzig, 18. März (Eig. Drahtb.)

In der Schadenersatzklage des Steinkohlenbergwerks Kästner & Co. im Oelsnitzer Bergbaurevier hat das Reichsarbeitsgericht die Gewerkschaften für das Verschulden ihrer Sekretäre haftbar gemacht.

Dem Prozess liegt folgender Tatbestand zugrunde: Im August 1923 war ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der die Arbeitszeit für die Bergarbeiter unter tage auf 7 Stunden festsetzte. Ende 1923 wurde durch ein Mehrarbeitszeitabkommen die Arbeitszeit für Untertage auf 8 Stunden erhöht; das Abkommen ist durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers für rechtsgültig erklärt worden. Die Arbeiter der Frühschicht erzwangen trotzdem eines Tages nach siebenstündiger Arbeitszeit die Ausfahrt; sie wurden daraufhin am 5. Mai 1924 freistlos entlassen. Die Folge war ein Streik der Gesamtbelegschaft, der einige Wochen dauerte. Das Werk verklagte die Verbände auf Ersatz des durch den Streik verursachten Schadens; der vorläufig auf 24 000 Mark angesetzt worden ist.

SPD. Genf, 18. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag ist es gelungen, die Schwierigkeiten für das Abkommen über die Verlängerung der Handelsverträge zu beheben. Oesterreich einigte sich mit Ungarn und der Tschechoslowakei dahin, dass die österreichischen Verträge mit den beiden Ländern bis auf weiteres von der in dem Abkommen vorgeschriebenen Bindung auf ein weiteres Jahr ausgenommen bleiben. Inwieweit die anderen Staaten mit dieser Lösung einverstanden sind, steht nicht fest.

SPD. Ein Ekki-Brief an die KPD., der von der kommunistischen Presse bisher ihren Lesern vorenthalten worden ist, wird in der neuesten "Kommunistischen Internationale" veröffentlicht. Der Brief beschäftigt sich mit dem Antrag der KPD. und anderer kommunistischer Sektionen auf eine sogenannte personelle Reinigung der Partei. Man erfährt aus ihm, dass die Thälmann/Neumann beim Exekutiv-Komitee vorgeschlagen haben, eine Kontrolle der KPD. und einzelner Parteimitglieder mit Hilfe "besonderer Kommissionen" durchzuführen. Für diese Kontrolle sollten besondere Fragebogen hergestellt werden, in denen die der Kontrolle unterworfenen Parteimitglieder über ihre Zeiteinteilung Rechenschaft ablegen sollten.

Diesen Vorschlag der deutschen Kommunistenzentrale hat das politische Sekretariat des Exekutiv-Komitees als unzweckmässig abgelehnt, weil eine solche Kontrolle eine mechanische Übertragung der in Russland geübten Praxis sei. Bei einer fragebogenmässigen Prüfung käme überhaupt nichts heraus. Die Freunde warmer Parlamentssitze und die versteckten Sozialdemokraten in den eigenen Reihen seien nur durch unmittelbare Kämpfe zu entlarven und unschädlich zu machen. Es wäre durchaus unrichtig anzunehmen, dass rechte Elemente nur unter den leitenden Funktionären der kommunistischen Partei wären. In den kommunistischen Parteien vor allem der Tschechei aber auch in Deutschland und Frankreich hätten sich während der letzten Aktionen viele Betriebszellen bemerkbar gemacht, die die Durchführung der Beschlüsse der Exekutive aktiv verhinderten und auch subjektiv geholfen hätten, den Streik zu sprengen. Eine häufigere Massenerscheinung des Opportunismus in der Praxis der kommunistischen Partei sei die Passivität der Parteimitglieder. An dieser Krankheit litten alle Sektionen der dritten Internationale ausserhalb Russlands in bedrohlichem Masse. Besonders schlimm sei es in der Tschechoslowakei, wo die Besucherzahl einzelner Betriebszellen 10 % nicht übersteige.

Die Entwicklung der kommunistischen Parteien weise gegenwärtig folgende Erscheinung auf: Es findet kein zahlenmässiges Wachstum der kommunistischen Parteien statt und in einer Reihe von Sektionen, so in England und in der Tschechei vollzieht sich ein ununterbrochenes Sinken der Mitgliederzahl. An die Stelle der Ausgeschlossenen oder der die Partei verlassenden Opportunisten kommt kein Zustrom frischer revolutionärer Elemente.

Der Ekki-Brief verlangt schliesslich die Erneuerung der leitenden Kader durch frische Kräfte als Parteiführer. Sie müssen vorher den Nachweis erbracht haben, dass sie Verbindung mit den Betrieben haben und dort Massenarbeit organisieren können.

SPD. Schwerin, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin lehnte die im Hauptausschuss mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossenen Steuererleichterungen, die vorwiegend dem Grossgrundbesitz zugutegekommen wären, mit Stimmengleichheit ab. Die Regierungsparteien büssteten ihre Mehrheit dadurch ein, dass zwei wirtschaftsparteiliche Abgeordnete sich zur allgemeinen Überraschung der Stimme enthielten.

SPD. Kiel, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufdeckung der Bombenattentate in Oldesloe und Neumühster haben die Polizei bisher trotz ihrer umfassenden Bemühungen noch nicht in die Lage versetzt, eine bestimmte Mitteilung über erfolgversprechende Spuren zu geben. Der zuständige Regierungspräsident hat inzwischen zur Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt und es ist zu erwarten, dass darüber hinaus auch das Landesfinanzamt und die Staatsan-

walterschaft höhere Belohnungen in Aussicht stellen.

Ähnlich wie bei den früheren Attentaten, versucht das Blatt der Landvolkbewegung "Das Landvolk" die neuen Anschläge natürlich als bestellte Arbeit des "Verwaltungsapparates" zu kennzeichnen. Es bringt sowohl die Bombenanschläge als auch die Verhaftungen der nationalsozialistischen Reichswehroffiziere in Zusammenhang mit den Beratungen über das Republikenschutzgesetz im Reichstage und spricht von bestellter Putschgefahr. Der in Oldesloe durch den Attentatsversuch bedrohte Dr. Hayen sei ein Mitglied der Deutschen Volkspartei und wahrscheinlich werde versucht, auf diese Weise auch die Deutsche Volkspartei im Reichstage für die Annahme des Republikenschutzgesetzes zu gewinnen.

Der Aufruf des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten wird auch von der bürgerlichen Presse mit Genugtuung begrüßt, in republikanischen Kreisen hegt man die Hoffnung, dass nunmehr der Regierungspräsident endlich jene Massnahmen gegen die Landvolkbewegung ergreift, die jede Zweideutigkeit von vornherein ausschliessen. Es ist möglich, dass die polizeilichen Ermittlungen ergeben werden, dass die jetzigen Landvolkführer an den Bombenanschlägen unmittelbar nicht beteiligt sind. Es ist auch anzunehmen, dass die verhaftet gewesenen Bombenattentäter gleichfalls mit den Bombenanschlägen in Oldesloe und Neumünster wenig zu tun haben. Sicher aber ist, dass die Führer der Landvolkbewegung wie auch die der Nationalsozialisten von Schleswig-Holstein die intellektuellen Urheber der neuen Attentate sind. Während der letzten Wochen ist der Kampf gegen die Vertreter des Staates und der Kommunen derart masslos geführt und jede Freilassung eines Bombenattentäters aus der Untersuchungshaft mit derart höhnischen und gehässigen Kommentaren begleitet worden, dass die Stimmung zu neuen Attentaten notwendigerweise anwachsen musste. Wenn irgendwo, werden sich in Schleswig-Holstein die Auswirkungen des Republikenschutzgesetzes segensreich bemerkbar machen, weil kaum anderswo in Deutschland die Mordhetze derart öffentlich betrieben wird wie gerade hier.

SPD. Dresden, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die bisherigen Regierungsparteien des sächsischen Landtages hielten am Dienstag eine Besprechung ab über die Neuwahl des Ministerpräsidenten, die am nächsten Dienstag endgültig versucht werden soll. Man rechnete aus, dass eine Mehrheit für den von der Wirtschaftspartei vorgeschlagenen volksparteilichen Kandidaten Schieck, dem Präsidenten des Staatsrechnungshofes, zustandekommen würde, wenn die Demokraten sich der Stimme enthielten und von den Altsozialisten wenigstens einer für Schieck stimmen würde. Man will deshalb in den nächsten Tagen mit den Demokraten und den Altsozialisten Fühlung nehmen. Am kommenden Montag soll dann eine neue Besprechung stattfinden.

Die Hoffnung der Rechtsparteien auf die Demokraten ist - wie wir erfahren unbegründet. Die Demokraten werden sich keinesfalls der Stimme enthalten, sondern für einen eigenen Kandidaten stimmen. Damit muss die Kandidatur Schieck's als gescheitert betrachtet werden.

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drhtb)

Die Finanzkommission der Kammer wird am Mittwoch mit der Beratung der Gesetze zur Ratifizierung des Youngplans beginnen und ihre Berichterstatter dafür ernennen. Vier Kandidaten stehen in Konkurrenz: der der Regierungsmehrheit angehörende Abg. Stern und die radikalen Abgeordneten Lamoureux, Dalmade und Paganon. Da zum Ratifizierungsgesetz auch noch die Kommission für auswärtige Angelegenheiten ihre Ansicht zu äussern hat, kann die Debatte im Plenum der Kammer kaum vor dem 1. April beginnen. Immerhin hat die Regierung schon jetzt ihren Wünschen dahin Andruck geben lassen, dass der Young-Plan bis zum 15. April

ratifiziert sein soll, damit die Internationale Zahlungsbank in Basel am 1. Mai ihre Geschäfte aufnehmen und zur Emission der ersten Reparationsanleihe noch vor Beginn der Sommerferien schreiten kann.

SPD. Warschau, 18. März (Eig. Drahtb.)

In einer am Dienstag gefassten Resolution droht der polnische Regierungsblock, dass er auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken werde, um das Zustandekommen von Sejmsitzungen während der Regierungskrise zu verhindern. Da der Sejm seine Budgetarbeiten, deren Termin mit dem 31. März abläuft, noch nicht beendet hat, scheint diese Drohung lediglich den Zweck zu haben, das Parlament an seine verfassungsmässig gebundenen Aufgaben zu hindern und so seine Arbeitsunfähigkeit zu beweisen.

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Dienstag mit der Diskussion des Budgets begonnen, die er auch diesmal wieder, trotz der Verlegung des Budgetjahres in einer Frist von kaum 14 Tagen zu Ende bringen muss. Trotzdem scheint das hohe Haus gesonnen zu sein, seine Kontrolltätigkeit so ernst wie nur möglich zu nehmen. Die Finanzkommission des Senates hat schon jetzt mit kritischem Auge entdeckt, dass das Budget in der von der Kammer erledigten Form, nicht wie amtlich angekündigt worden war mit einem Überschuss von 200 Millionen Franken, sondern im Gegenteil mit einem Defizit von über 2,5 Milliarden abschliesst.

Tardieu hat der Kommission am Dienstag vormittag einen ausführlichen Vortrag über die Reparationsleistungen Deutschlands im kommenden Jahre und über das französische Sachlieferungsprogramm gehalten. Am Mittwoch wird er vor der gleichen Kommission wieder einmal die Existenz seiner neugeschaffenen Minister und Unterstaatssekretäre verteidigen müssen. Denn die Gruppe der demokratischen Linken im Senat, die zusammen mit den 15 sozialistischen Senatoren die absolute Mehrheit besitzt, hat für ihre Mitglieder die Parole ausgegeben, die Kredite für die neuen Minister abzulehnen. Wahrscheinlich wird die Regierung über dieses neue peinliche Abenteuer glücklich, wenn auch abermals gedemütigt hinwegkommen. Einige demokratische Senatoren dürften sich bei der entscheidenden Abstimmung sicherlich der Stimme enthalten.

SPD. Mannheim, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die Vereinigte Jutespinnerei und Weberei A.G. hat am Dienstag nachmittag ihre gesamte Belegschaft von 1300 Arbeitern, darunter 960 Frauen, ausgesperrt. Die Aussperrung ist als Erwiderung auf die Arbeitsniederlegung in einem Teilbetrieb zu betrachten. Hier herrschten Akkord-Differenzen.

SPD. Der preussische Innenminister wird - wie der "Soz. Pressedienst" erfährt - unmittelbar nach der Verkündung des am Dienstag vom Reichstag verabschiedeten Republikschutzgesetzes das im Dezember erlassene Verbot der Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel aufheben.

SPD. München, 18. März (Eig. Drahtb.)

Das nach München gerichtete Ersuchen des Reichskabinetts um Aufklärung über die Rede, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in einer Parteiversammlung am Sonnabend in München gehalten hat, wird in hiesigen zuständigen Stellen auf eine tendenziöse und leichtfertige Meldung des Hugenberg'schen "Tag" zurückgeführt. Halbamtlich wird in der bayerischen Staatszeitung erklärt, dass Dr. Held in seiner Rede überhaupt nicht von der Reichsregierung gesprochen habe. Es sei darum eine offene Unwahrheit, dass er die Haltung der Reichsregierung zum Young-Plan mit den stärksten Ausdrücken kritisiert habe. Dem authentischen Bericht zufolge, hat Held ausgeführt :

"Die Bayerische Volkspartei hat vorher wissen wollen, ob eine Finanzierung komme und wie sie aussehe, ob es so weiter gehe mit der Finanzschlampelei in Deutschland. Wenn ein Privatmann mit einem anderen einen Vertrag über Leistungen abschliesst, und er schliesst diesen Vertrag leichtsinnig ab, dann kommt er nicht nur in den Verdacht, dass er einen Betrugsversuch gemacht hat, sondern unter Umständen wird ihn der Staatsanwalt bei den Löffeln packen. Was moralisch von dem Privatmann gesagt werden muss, muss erst recht auch ein ganzes Volk von sich aus einhalten, wenn es derartig schwerwiegende Verträge abschliesst."

Danach hat also Dr. Held die Reichsregierung tatsächlich nicht genannt. Die meisten seiner Zuhörer sind aber im politischen Münchener Bierkeller-Jargon so geübt, dass sie die Ausführungen des Ministerpräsidenten so verstanden, wie der Hugenberg Journalist. Die Entrüstung der bayerischen Regierung gegenüber dem Schritt des Reichskabinetts ist also durchaus nicht am Platz. Politisch bemerkenswert ist aber, dass durch die Veröffentlichung der "Germania" sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Bayerische Volkspartei um weitere Grade verschlechtert hat. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz erklärt dazu, dass die Philippika des Zentrumsorgans gegen die Bayerische Volkspartei und Dr. Held eine nahezu unverantwortliche Methode sei, mit der bewusst die Verstimmung zwischen beiden Parteien noch vertieft werde, und die die für den Augenblick gespannte Atmosphäre noch mehr belasten müsse.

SPD. Der neueste Ekkibrief beginnt sich im Berliner Karl-Liebkecht-Haus, dem Sitz der KPD-Zentrale, bereits auszuwirken. Das rechtsoppositionelle Organ der Brandlergruppe berichtet darüber :

"Im Zentralkomitee der KPD. herrscht grosse Verwirrung. Einer sucht dem Andern in der Wendung zuvorzukommen. Ulbricht (der Pol-Leiter von Berlin d.Red.) macht bereits wieder Spitzenreiter. In einer Berliner Zellenversammlung erklärte er, dass nach den Betriebsratswahlen die Kampfleitungen und Komitees in den Betrieben liquidiert würden. Es sollen Mai-Komitees gebildet werden. In diesen Mai-Komitees sollten "selbstverständlich" (!) auch sozialdemokratische Arbeiter vertreten sein, so "wie die Partei das bereits immer verfochten habe" (!). Noch am Sonntag schrieb die "Rote Fahne", dass derjenige ein Verräter am Proletariat sei, der mit Sozialdemokraten bei Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen auf einer gemeinsamen Liste steht. "Verjagt die Sozialfaschisten aus den Betrieben", ist noch heute die offizielle Losung der Partei und mit diesen selben "Sozialfaschisten" sollen jetzt selbstverständlich gemeinsame Mai-Komitees gebildet werden. Diese pathologischen Führer, so schreibt das rechtskommunistische Blatt weiter, müssten doch die Arbeiter allesamt als Idioten halten, sie sehen den Klassenkampf lediglich aus der jämmerlichen Perspektive ihres Felwebelhirns, sie glauben, dass man mit den Arbeitern nach beliebigen Reglement exerzieren kann. Da irren sie sich gewaltig."

SPD. Chemnitz, 18. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag begann hier unter grossem Andrang und starker polizeilicher Sicherung der Prozess wegen der Hartmannsdorfer Unruhen. Am 15. Januar dieses Jahres unternahmen Kommunisten eine Demonstration nach der Hartmannsdorfer Textilfabrik "Recenia". Es kam zu blutigen Zusammenstössen, fünf Arbeiter wurden getötet, über 20 verletzt. Diese Vorgänge haben zur Strafverfolgung gegen neun Personen geführt, die sich wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Die Angeklagten sind vorwiegend junge Arbeiter und die Chemnitzer kommunistische Stadtverordnete Knoth, die sich als einzige von den Angeklagten in Untersuchungshaft befindet. Insgesamt sind 45 Zeugen geladen, davon 39 auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft und sechs auf Veranlassung der Verteidigung. Es sind vorläufig drei Tage für die Verhandlungen in Aussicht genommen.

SPD. Altona, 18. März (Eig. Drahtb.)

Die Oberstaatsanwälte von Altona und Kiel erlassen einen Aufruf, in dem sie zur Mitteilung zweckdienlicher Angaben zur Aufdeckung der Bombenattentate in Oldesloe und Neumünster auffordern. Die Oberstaatsanwaltschaft nimmt an, dass die Sprengladungen in Oldesloe und Neumünster von ein und denselben Tätern untergebracht worden sind. Für die Ergreifung der Täter sind jetzt auch von der Staatsanwaltschaft 5 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

SPD. Jedem sein Hitler! Ein nationalsozialistischer Geschäftemacher offeriert den Hakenkreuzlern ein grosses Bild "Adolf Hitler in S.A.-Uniform", Kostepunkt 26,50 Mark, auf Wunsch Teilzahlung. Hitler auf Stottern - das macht Reklame für ihn, dem Geschäftshakenkreuzler bringt es Gewinn und die Dummen dürfen zahlen, groschenweise, wenn sie zu arm sind, auf einmal zu zahlen. Jedem das Seine!

SPD. Paris, 18. März (Eig. Drahtb.)

Eine schwere Baukatastrophe hat sich am Dienstag früh in Paris in dem Stadtviertel Montrouge ereignet. Ein von dem österreichischen Bauunternehmer Joseph Pfeiffer ausgeführter fünfstöckiger Neubau in Eisenbeton stürzte plötzlich in sich zusammen. Da die Katastrophe zu Beginn der Arbeitsschicht erfolgte, wurden nur drei Arbeiter leicht verletzt. Der Sohn des Unternehmers, der sich auf dem Dach des einstürzenden Hauses befand, kam wie durch ein Wunder mit dem Leben davon. Er stand zufällig über einem der tragenden Pfeiler des Gebäudes, der als einziger aufrecht stehen blieb. Er konnte erst nach längerem Bemühen von der Feuerwehr aus seiner gefährlichen Lage befreit werden.

SPD. Der Minister des Innern von Thüringen, der Rechtsputschist Frick, hat wiederholt betont, dass er seine Aufgabe darin erblicke, Thüringen zu einem Zentrum des "nationalen Widerstandes" im Sinne seiner Partei zu machen. Was darunter zu verstehen ist, weiss ein jeder. Die Partei des Herrn Frick hat versucht, in die Reichswehr einzudringen und Reichswehroffiziere zur Verletzung ihres Treueides und zum Hochverrat zu bewegen. Sie rühmt sich öffentlich dieses Versuches und brüstet sich, dass er in weitem Masse Erfolg gehabt habe.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass ein Vertreter dieser Partei, die offen den Hochverrat proklamiert und sich hochverräterischer Handlungen rühmt, Polizeiminister in einem deutschen Lande ist. Wir sind in der Lage, Beweise dafür anzuführen, dass Herr Frick seine Aufgabe in Thüringen in diesem Punkte

ganz i, Sinne seiner Partei führt. Er will die Polizei zu einem Machtinstrument des Rechtsputschismus gegen die Verfassung machen.

Wir veröffentlichen nachfolgend eine Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach Dr. Janson und dem Polizeikommissaranwärter M. M. nimmt zurzeit an dem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeindepolizei auf der preussischen Polizeischule Eiche teil. Er ist im Dezember 1920 aus der Schutzpolizei Berlin ausgeschieden, um einen Referentenposten in der Aussenhandelskontrolle zu übernehmen. Nach verschiedenen Fehlschlägen versuchte er wieder in eine Beamtenstelle zu gelangen. Vom thüringischen Ministerium des Innern wurde er am 4.7.1929 der Polizeiverwaltung der Stadt Jena zur informativ-schen Beschäftigung überwiesen mit der Aussicht, später als Polizeikommissar der Stadt Eisenach angestellt zu werden, und dann zur Teilnahme an dem Lehrgang für Polizeikommissaranwärter der Gemeindepolizei kommandiert. Auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die Schule ein sehr günstiges Zeugnis über M. Darauf erfolgte am 12. März die Einberufung M. als Polizeikommissar a.P. zum 1. April 1930 nach Eisenach.

Am 16. März wurde M. - der jetzt auf der Polizeischule Eiche ist - zum Oberbürgermeister Dr. Janson Eisenach nach dem Hotel Exzelsior in Berlin bestellt. Diese Unterredung zwischen Dr. Janson und M. hat folgenden Verlauf genommen:

Dr. J.: Ich habe Sie hierher gebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muss. Wie stehen Sie politisch?

M.: (Ausweichend) Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, dass ich nicht Mitglied einer besonderen Partei oder Organisation bin.

Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung eingestellt haben.

M.: (zögert).

Dr. J.: Also ich frage Sie jetzt: Was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt losschlagen würden und Sie diesen und dem Stahlhelm, der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissar gegenüberstünden?

M.: (Ausweichend) Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

Dr. J.: Da weichen Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich stehe nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie aus eigener Entschliessung tun würden.

M.: (Ausweichend) Dann würde ich gemäss meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamten-eid handeln.

Dr. J.: Sie geben mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder nein?

M.: (Zögernd.)

Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen, die bekunden können, dass Sie ein absolut rechtsstehender nationaler Mann sind?

M.: (Ausweichend.) Ich kann jederzeit Polizeioffiziere angeben, die sich für mich einsetzen werden.

Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere?

M.: Jawohl.

Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. Die sind fast alle verseucht. Haben Sie niemand in den Kreisen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms?

M.: (Ausweichend) Das kann ich im Augenblick nicht sagen.

Dr. J.: Es ist aber unbedingt nötig, dass Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmlaute finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere beim Minister Frick persönlich für Sie verwenden. Selbstverständlich müssen es Leute von Namen sein, wie z.B. Abgeordnete, Stahlhelmführer und dergl. Minister Frick hat erklärt, dass er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe. Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt und die Offiziersver-

einigung Ihres früheren Regiments habe Sie auch ausgeschlossen. Auch glaube man dass Sie sich im Felde eine Ihrer Verwundungen selbst beigebracht hätten. Sie müssen unbedingt Zeugen vom Stahlhelm, möglichst Männer mit dem Pour le merite oder sonstige als besonders tapfere Frontsoldaten bekannte Persönlichkeiten bringen, die Ihnen das Zeugnis ausstellen, dass Sie im Kriege nicht nur Ihre Pflicht getan haben, sondern darüber hinaus ein ganz besonders hervorragender Held und Draufgänger gewesen sind. Haben Sie Kriegsauszeichnungen?

M.: Ich besitze das E.K.I und II und das silberne Verwundetenabzeichen für dreimalige Verwundung.

Dr.J.: Und nun noch etwas anderes! Ich habe in Erfahrung gebracht, dass Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hörsing steht. Obwohl er infolge Erreichung der Altersgrenze jetzt pensioniert werden müsste, soll er wegen seiner besonderen politischen Zuverlässigkeit auf einem besonderen Posten Verwendung finden. Wie stehen Sie mit Ihrem Bruder?

M.: (Ausweichen) Familiär stehe ich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl seine Privatangelegenheit sein.

Dr.J.: Sie haben noch eine verheiratete Schwester in Jena. Welche politische Einstellung hat Ihr Schwager?

M. (Ausweichend) Das weiss ich nicht.

Dr.J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrecht erhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stossen. Versuchen Sie zu erreichen, dass Nationalsozialisten und Stahlhelm sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Frick einsetzen, dann will ich Ihnen die Polizeikommissarstelle geben."

Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Hakenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat. Wir fragen: Wird der Oberreichsanwalt unverzüglich Schritte gegen den Oberbürgermeister Dr. Janson von Eisenach ergreifen? Wird er ihn verhaften lassen? Wird der Oberreichsanwalt ferner in gleicher Weise gegen den Minister des Innern von Thüringen Dr. Frick einschreiten, der unzweifelhaft die Handlungsweise des Herrn Janson beeinflusst hat?

Darüber hinaus fragen wir: Wird der Reichsminister des Innern aus diesem Vorfall Konsequenzen gegenüber dem thüringischen Innenminister ziehen? Was denkt er gegenüber der Tatsache zu tun, dass in Thüringen von Amtsstellen ganz offenkundig Vorbereitung zum Hochverrat gegen die Reichsverfassung getroffen wird?

SPD, Washington, 18.März (Eig.Drahtb.)

Die Bundesfarmbehörde beabsichtigt, zwecks Absatzes riesiger von der Behörde erhaltener Weizenmengen einen Agenten ins Ausland zu senden. Die Farmbehörde verfügt zurzeit über 25 Million Bushel Weizen, die bis zum Herbst auf über 100 Millionen Bushel ansteigen werden. Der Vorsitzende der Farmbehörde Legge betonte die Notwendigkeit einer 10 prozentigen Verminderung des Weizenanbaues, desgleichen die Beschränkung des Anbaues von Baumwolle auf 40 Millionen Morgen.

SPD, London, 18.März (Eig.Drahtb.)

Die Arbeitslosigkeit in England, die seit Wochen besorgniserregend zunimmt, hat in der mit dem 10.März beendeten Woche die Ziffer von 1 563 800 Personen erreicht. Das bedeutet annähernd 300 000 arbeitslose Personen mehr als vor Jahresfrist.

SPD. Athen, 18. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Vormittag begann vor einem parlamentarischen Sonderausschuss der Prozess gegen den früheren Diktator Pangalos wegen umstürzlerischer Absichten. Im Verlauf der Verhandlungen werden 17 Zeugen vernommen werden.

SPD. London, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der tote Punkt der Flottenkonferenz ist noch nicht überschritten. Die Situation ist unverändert.

Die Franzosen weigern sich nach wie vor, wie der diplomatische Bericht-erstatte des "Daily Herald" feststellt, unter irgend ein Dokument ihre Unterschrift zu setzen, in dem die italienische Forderung nach Parität anerkannt wird; auf der anderen Seite bestehen die Italiener auf der grundsätzlichen Anerkennung dieses Prinzips, wozu sie völkerrechtlich vollauf berechtigt sind. Theoretisch scheinen also die Schwierigkeiten unüberwindbar. In Wirklichkeit existiert die grosse französische Flotte, wie sie in den Ziffern des bekannten Memorandums in Erscheinung tritt, nur auf dem Papier und dürfte in der Praxis niemals gebaut werden. Auf der anderen Seite fordert auch Italien die Parität nur auf dem Papier, ist aber praktisch bereit, auf den Bau eines Grossteils der ihr unter der geforderten Parität zustehenden Tonnage zu verzichten. Papiertonnage steht also, wie der "Daily Herald" feststellt, gegen Papiertonnage.

Als Ausweg aus dieser Situation ist am Dienstag eine neue Formel in die Diskussion geworden worden, die zumindest als ingenios bezeichnet werden muss. Als Ei des Kolumbus wird nun der Abschluss von zwei parallel laufenden Viermächte-Pakten vorgeschlagen, ein amerikanisch-britisch-französisch-japanischer und ein zweiter amerikanisch-britisch-japanisch-italienischer Vertrag. In diesem Falle würde man, um die fatale Notwendigkeit der französischen Anerkennung der italienischen Parität oder um einen italienischen Verzicht herumkommen. Als zweiter Ausweg wird ein einziger amerikanisch-britisch-französisch-japanischer Viermächte-Pakt vorgeschlagen, der durch eine italienische Erklärung über Italiens Schiffsbauprogramm für die nächsten sechs Jahre ergänzt werden sollte. Irgend eine wirkliche Lösung stellen beide Gedankengänge nicht dar. Man hat im Konferenzgebäude vielmehr den Eindruck, als ob man doch noch auf ein Wunder, nämlich den Verzicht Mussolinis auf Parität wartete. Ein gewisser Druck scheint von London aus am Dienstag persönlich auf Mussolini telephonisch ausgeübt worden zu sein.

Es ist nicht uninteressant, dass die australische Delegation zur Flottenkonferenz ihre Rückreise-Kabinen für den 12. April bestellt hat.

SPD. München, 18. März (Eig. Drahtb.)

In dem Mordprozess Peter Kräutler wurde der Angeklagte am Dienstag nach zweitägiger Verhandlung wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung heisst es, dass sich für die Annahme eines vorsätzlichen Mordes keine hinreichenden Motive ergeben haben.

Kräutler hatte im Dezember vorigen Jahres die 16 Jahre alte Berta Weinmann an der Peripherie Münchens mit einem Beil erschlagen.

SPD. Warschau, 18. März (Eig. Drahtb.)

Das nationaldemokratische ABC eröffnet am Dienstag den Feldzug gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag und erklärt, es sei zweifelhaft, ob der Nutzen des Vertrages für Polen die weitgehenden polnischen Konzessionen wirt-

schaftlicher und vor allem politischer Natur rechtfertigen würde.

Der regierungsfreundliche "Kurjer Czerwony" weist darauf hin, dass Deutschland nunmehr wiederum seine Rolle als Wirtschaftsvermittler zwischen Polen und dem Westen aufnehmen könne.

SPD. London, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der Staatssekretär für Luftschiffahrt Montague unterbreitete dem Unterhaus am Dienstag den Voranschlag des Luftministeriums. Der Etat sieht eine Erhöhung der Kosten um rund 17 Millionen gegenüber dem Vorjahre vor. Insgesamt wird die Luftschiffahrt dem Steuerzahler im kommenden Finanzjahr 357 Millionen Mark kosten.

Montague betonte, dass die Mehrkosten im wesentlichen auf Modernisierungen, Schaffung besserer Sicherheitsvorkehrungen, grösseren Bedürfnissen der zivilen Luftfahrt und zusätzlichen Kosten für wirtschaftliche Forschung zurückzuführen seien.

SPD. Weimar, 18. März (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag begann am Dienstag mit der Beratung eines von der Regierung vorgelegten Ermächtigungsgesetzes, nachdem die gesamte Landesverwaltung und der Behördenaufbau im Hinblick auf die Not des Landes vereinfacht, verbilligt und umgebildet werden soll. Die Sozialdemokratie benutzte die Gelegenheit, der Regierung nochmals in aller Schärfe den Kampf anzusagen.

Die Volkspartei betonte ihre sachlichen und politischen Bedenken gegen den Entwurf in einer längeren Erklärung mit der Notlage des Landes. Wörtlich heisst es in dieser Erklärung u. a.:

"Angesichts dieser Notlage des Landes müssen wir es umso mehr bedauern, dass in letzter Zeit unsere Mitarbeit wiederholt stark erschwert worden ist, durch unbegründete und unbillige Angriffe, die von Mitgliedern der Regierungsparteien, ja zum Teil auch von Regierungsmitgliedern gegen uns gemacht worden sind, Angriffe gegen unsere Partei im allgemeinen, wie insbesondere gegen die verantwortlichen Minister unserer Partei in der Reichsregierung. Wir haben im Januar die Regierung mitgewählt und durch Stellung eines Staatsrates unterstützt, gewiss nicht leichten und freudigen Herzens - denn wir schätzten schon damals die besonderen Schwierigkeiten unserer Situation in dieser Regierung nicht gering ein -, aber wir taten es in der redlichen und loyalen Absicht, sachlich, unter Zurückstellung aller Differenzen namentlich in den Fragen der Reichs- und Aussenpolitik zum Wohle unseres Landes mitzuarbeiten. Wir haben damals die Zusicherung erhalten, dass reichs- und aussenpolitische Fragen um der sachlichen Arbeit in der Landespolitik willen in den Hintergrund treten sollten. Wir wussten, dass dies namentlich im Hinblick auf die zu erwartenden Young-Verhandlungen nicht immer leicht sein würde. Aber wir haben auf die gebotene Rücksichtnahme auf uns angesichts dieser besonderen Schwierigkeiten gehofft und auf den Takt aller die Regierung bildenden Parteien vertraut. Leider sind wir darin in den letzten Wochen wiederholt enttäuscht worden. Wir haben gewusst, dass im Kabinett bei der Abstimmung über den Young-Plan unser Staatsrat überstimmt werden würde und haben uns damit abgefunden. Aber wir haben es als grosse Unfreundlichkeit empfunden, dass sämtliche anderen Mitglieder des Kabinetts den ganz aussichtslosen und nur aus Agitationsgründen hervorgegangenen Beschluss fassten, an den Reichspräsidenten ein besonderes Telegramm mit der Bitte zu richten, die Inkraftsetzung des Gesetzes auszusetzen. Das war angesichts der uns gegebenen Zusicherung jedenfalls unnötig."

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 18. März (Eig. Bericht)

Am Dienstag gab es im Reichstage nur Abstimmungen. Zunächst über das Republikenschutzgesetz. Bei den Deutschnationalen stellte sich dabei eine schwere Blamage heraus, weil ihr Heldensohn Dr. Everling vergessen hatte, seine Änderungsanträge zur dritten Beratung einzureichen. So stark ist also das Interesse des Herrn Everling an dem Gesetz zur Vergewaltigung der Opposition, wie es die Angstphantasie der Deutschnationalen genannt hat. Es blieb den Deutschnationalen nichts anderes übrig, als sich bei den kommunistischen Anträgen zustimmend zu erheben. Zwischendurch ging Herr Dr. Everling zu den Kommunisten hinüber, um eifrig mit ihnen zu verhandeln. Der entscheidende Paragraph 6 wurde mit 265 gegen 151 Stimmen angenommen. Er enthält die Bestrafung von Beschimpfungen der Reichsflagge, der Verfassung, der Republik, eines verstorbenen Reichspräsidenten oder verflorenen Reichs- oder Landesministers sowie die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Verherrlichung eines Hochverrats usw. Gegen diesen Paragraphen stimmten neben den Rechtsparteien auch die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei und selbstverständlich die Kommunisten. Der § 10, der die Möglichkeit zur Auflösung von Vereinen gibt, wurde mit 266 gegen 148 Stimmen angenommen, das gesamte Gesetz mit 266 gegen 150 Stimmen. Das Ergebnis der Schlussabstimmung brachte einige Pfeifrufe von den Kommunisten. Irgendwelche Aufregung entstand aber im Hause nicht.

Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit zu einem vertrauensvollen Appell an Hindenburg. Sie beantragten nämlich, die Verkündung des Gesetzes durch den Reichspräsidenten auf zwei Monate auszusetzen. Dafür stimmten jedoch nur 120, dagegen 255 Mitglieder. Die Verkündung eines Gesetzes kann nur dann hinausgeschoben werden, wenn mindestens ein Drittel aller Abgeordneten dafür stimmt. Dieses Drittel erfordert 164 Abgeordnete; mithin ist die Bedingung nicht erfüllt und der Antrag gefallen. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister wurde mit 341 gegen 70 Stimmen angenommen. Es stimmten gegen das Gesetz nur die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die christlichnationalen Bauern. 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Gesetz hat die verfassungsändernde Mehrheit, die es notwendig hat, erhalten.

Am Schlusse der Sitzung kam es zu einer bezeichnenden Demonstration der Rechtsparteien gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Präsident fragte ob er den Antrag der Regierungsparteien auf öffentlichen Anschlag der Proklamation des Reichspräsidenten zur Annahme der Younggesetze noch heute erledigen dürfe. Das ist nur möglich, wenn niemand im Hause widerspricht. Die Kommunisten schwiegen. Dagegen riefen sofort die deutschnationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg, Laverrenz und mehrere Nationalsozialisten: "Wir widersprechen!" Mit Hindenburg wollen die Rechtsparteien nichts mehr zu tun haben. Als der Präsident den betreffenden Antrag auf die Mittwochsitzung setzen wollte, beantragten die Kommunisten Absetzung von der Tagesordnung vom Mittwoch. Für diesen Antrag erhoben sich aber nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Die Deutschnationalen waren im Augenblick so durcheinander, dass sie nicht wussten, ob sie für oder gegen Hindenburg stimmen sollten.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Steuer-gesetze.

Präsidentenwahlen im Kaffeeland.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Rio de Janeiro, im März (Eig. Bericht)

Es mag im Bilde des lateinischen Charakters vielleicht kein blosser Zufall sein, dass den Wahlen zur brasilianischen Präsidentschaft und zum Bundesparlamente am 1. März der nationale Karneval auf dem Fusse folgt und beide Ereignisse den Hauptrang im Leben des Brasilianers einnehmen. Von den Wahlurnen zum König Momus, so schwingt sich das Pendel des öffentlichen Lebens in Brasilien aus. Daneben gehen noch andere Dinge wie die allgemeine schlechte Wirtschaftslage und die Kaffeekrise, aber das sind rein wirtschaftliche Fragen, denen zu ihrer Zeit gebührende Beachtung geschenkt wird, die aber, wenn es zur Karnevals-Aera kommt, niemals einen von Lebenslust überschäumenden Brasilianer gestört haben.

Im Hintergrunde sehen die Dinge anders aus und lassen die Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft deutlich erkennen. Das ist es gerade, was den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1930 ein besonderes Gesicht gibt und sie zum mindestens in der künftigen Gruppierung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu einem Ereignisse ersten Ranges stempelt. Präsidentschaftswahlen sind in lateinamerikanischen Ländern im allgemeinen eine störende Unterbrechung der politischen Routine, die, wenn es nach dem Sinne der im Sattel sitzenden Kräfte geht, mit einem Minimum an Energieaufwand vollzogen werden. Da aber die Opposition anderer Meinung ist und ihren Gedankengängen deutlichen Ausdruck verleiht, kommt es gewöhnlich zu unliebsamen Zwischenfällen, die zwischen den erregten Anhängern beider Richtungen mit dem Revolver und Messer in der Hand ausgetragen werden. Die diesmaligen Wahlen haben in dieser feststehenden Regel keine Ausnahme gemacht und besonders im Bundesstaate Rio Grande do Sul mit seinem überaus starken Prozentsatze an liberalen oppositionellen Elementen zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen geführt, die mit dem Tode von 17 Personen und der Verwundung von mehr als 50, unter ihnen des Vizepräsidenten der Republik Dr. Mello Vianna, ihren Ausklang gefunden haben.

Der Ausgang der Wahlen führte zu einem überwältigenden Sieg des konservativen Regierungskandidaten Julio Prestes. Gegen ihn im Felde war Etulio Vargas im Namen der liberalen Allianz, die sich eine besonders energische Wahlkampagne angelegen sein liess, ohne jedoch das vorauszusehende Ergebnis grundlegend verändern zu können. Beide Kandidaten sind frühere Staatsgouverneure und schon diese Tatsache zeigt, dass dem Wahlausgange die Bedeutung einer endgültigen künftigen Kräfteorientierung zukommt. In den Wahllisten waren knapp drei Millionen Wähler registriert, was bei einer Gesamtbevölkerung von über 40 Millionen sehr gering anmutet. Diese geringe Wählerzahl findet ihre Erklärung in dem brasilianischen Bundesgesetz, das die Teilnahme eines des Lesens und Schreibens unkundigen Bürgers an den Wahlen verbietet, eine Bestimmung, die weite Innendistrikte buchstäblich jeder Wahlmöglichkeit beraubt. Gleichzeitig wurden der Vizepräsident und die Hälfte des Bundesparlaments gewählt und die führenden brasilianischen Blätter erwägen an Hand der stark ins Gewicht fallenden liberalen Stimmen von Rio Grande do Sul sogar die groteske Möglichkeit, dass der liberale Kandidat für den Vizepräsidentenposten Joao Pessoa mit dem neugewählten konservativen Präsidenten Julio Prestes seinen Einzug in den Regierungspalast halten wird. Die Zusammensetzung des Bundesparlaments weist in der von dem gegenwärtigen Präsidenten Washington Luis kontrollierten Mehrheit nur geringe Veränderungen auf.

Die Bedeutung der Wahlen wird noch durch die Persönlichkeit Julio Prestes' unterstrichen, des allmächtigen Gouverneurs des Kaffeestaates Sao Paulo, der durch sein wirtschaftliches Gewicht im politischen Leben der brasilianischen Nation eine immer grössere Rolle zu spielen beginnt. Die Wahl Julio Prestes' ist durch die ungewöhnliche Macht, die auf Jahre hinaus in die Hände eines brasilianischen Präsidenten gelegt ist, eben mehr als ein blosser Wahlakt. Sie ist

eine entschiedene Festlegung auf eine Einmannpolitik, an der das Parlament, das in lateinamerikanischen Ländern nur das fünfte Rad am Wagen der Staatsmaschine darstellt, nichts zu rütteln vermag. Die Formulierung der zukünftigen Politik und die Regierungsbildung liegt nicht bei der Volksvertretung, sondern nur beim Präsidenten, der vor den beiden Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senate, allein verantwortlich ist. Politisch wichtiger als das Haus erscheint der Senat, der durch die in ihm sitzenden Persönlichkeiten einen starken Resonanzboden im ganzen Lande besitzt und deshalb von der Regierung auch stärker in Betracht gezogen werden muss. Hier zeigen sich interessante Parallelen zum nordamerikanischen Bundessenat, der bei aller Entschlussfreiheit des Präsidenten jederzeit in der Lage ist, massgebend in die Maschinerie hoher amerikanischer Innen- und Aussenpolitik eingreifen zu können. Der brasilianische Bundessenat setzt sich aus 60 Mitgliedern zusammen, die von den 20 Bundesstaaten unbeschadet ihrer Bedeutung und Einwohnerzahl in gleicher Proportion, 3 Senatoren für jeden Staat, entsandt werden.

Wie weit nun Prestes eine eigene Politik besitzt oder mehr und weniger die Richtlinien des gegenwärtigen Präsidenten Luis einhalten wird, ist noch zu früh zu entscheiden. Dem neuen Präsidenten, dem eine erstaunliche Energie nachgesagt wird und der es innerhalb weniger Jahre zum Gouverneur des mächtigen Staates Sao Paulo bringen konnte, wird neben den zwangsläufigen politischen Fragen besonders ein Problem Sorge machen, zu dessen Lösung er durch seine autoritativen Sachkenntnisse berufen erscheint. Kaffee, die unerschöpfliche Reichtumsquelle Brasiliens, steht im Vordergrund des nationalen Lebens und bedeutet die Gefahrenklippe, an der jede unweise neue Wirtschafts- und Finanzpolitik zerschellen muss. Der gesamte Kaffeeverbrauch der Welt wird von Brasilien mit über 73 % bestritten und man kann sich unschwer vorstellen, was dieser Tatsache im Leben eines 40 Millionen Volkes bedeutet. Seit Jahren hat der Kaffeemarkt ähnlich dem Zucker unter schweren Krisen zu leiden, die auf die brasilianischen Kaffeepflanzer schwere Rückwirkungen haben. Die Nachfrage liegt weit hinter dem Angebote und gute Ernten haben die an sich kritische Situation und die Kaffeepreise noch verschlechtert. Es würde zu weit führen, auf die Auswirkungen der Kaffeekrise näher einzugehen, die zu phantastischen Vorschlägen wie Verbrennung von Millionen von Zentnern Kaffee zur Einengung des Weltmarktes geführt hat. Das eigentliche Problem ist nicht so sehr die Überproduktion an Kaffee als die Anarchie im Anbau und der Mangel an übersichtlicher Einteilung der ungeheuren Kaffeemengen. Es mutet komisch an, mit welcher Ratlosigkeit der moderne Kapitalismus, der sich sonst einer Art übernatürlicher Wirtschaftsorganisation zu rühmen weiss, vor den Zucker und Kaffeeproblemen steht und ausser Zerstörungsmassnahmen wie Beseitigung der Überschüsse und dem bequemen Mittel der Regierungssubventionen nichts Konstruktives zu sagen hat. Gerade in dieser finanziellen Stützungs politik hat Prestes eine führende Rolle gespielt, die ihm neben seiner Erfahrung der Kaffeemärkte als Bundespräsident zu gute kommen wird. Bisher ist die gegenwärtige Kaffeepolitik darauf gerichtet gewesen, den Anbau herabzusetzen. Gleichzeitig hat man den Kaffeearbeiter zur bequemen Zielscheibe von Sparmassnahmen gemacht. Seine an sich geringen Löhne sind um weitere 25 bis 50 % herabgesetzt worden.

Schon diese knappe Übersicht zeigt, dass der Kaffee der herrschende Faktor im öffentlichen Leben Brasiliens ist. Heute steht der Bundesstaat Sao Paulo im Vordergrund, der dem Staate Rio gefolgt ist und zur Zeit fast 60 % der gesamten brasilianischen Kaffeeproduktion bestreitet. Es ist selbstverständlich, dass Sao Paulo im Hinblick auf seine Bedeutung führenden Anteil an der Leitung der Landesgeschäfte geltend gemacht hat. Auf Jahrzehnte hinaus werden Kaffee Konflikte das Leben der Nation nachhaltig beeinflussen und in der Auswahl der Politiker, die das jeweilige Machtzentrum repräsentieren, entscheidenden Ausdruck finden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Bombenattentate von vorne und hinten.

SPD. Die beiden Bombenattentate in Oldesloe und Neumünster sprechen für sich. Man kennt die unmittelbaren Täter nicht, aber der Kreis, zu dem sie gehören, den kennt jedermann in Deutschland. Die moralische Verantwortlichkeit trifft die Leute um Ehrhardt und Hitler. Das ist Grund genug für die Hitlerpresse, die Verantwortung abzuschieben. Mit nicht zu überbietender Dreistigkeit schreibt das Organ des Herrn Strasser, der "Nationalsozialist": "Wir sprechen in aller Öffentlichkeit aus, dass es sich in beiden Fällen um bestellte Spitzelarbeit handelt, einen Verdacht, den wir bei verschiedenen damaligen Bombenattentaten ausgesprochen haben, ohne dass er bis heute entkräftet worden wäre. Ein sauberes Plänchen fürwahr, zu dem die Journaille von links bis rechts teils aus Interesse, teils aus Dummheit Zuhälterdienste leistet."

Dieselbe Nummer des Strasserschen Organs, in dem die Bombenanschläge von Oldesloe und Neumünster als Polizeispitzelmache hingestellt werden, enthält eine Fortsetzung des sogenannten Romans "Achtung, hier Deutschland" von Gert Branden, der im Strasserschen Verlag erschienen ist. Man kann in dieser Fortsetzung lesen, wie Bombenattentäter, die aus nationaler Gesinnung bald hier, bald da ein kleines Bombenattentätchen vornehmen, die Polizei überlisten. Man liest weiter, wie einer ihrer Führer sich mit den konspirativen Plänen befasst, die ein gewaltiges und opferreiches Bombenattentat in Essen vorbereiten - kurz, die Atmosphäre der Bombenattentate in Schleswig-Holstein wird dort verherrlichend, ins Riesenhafte gesteigert, geschildert. Der ganze Sinn dieses Romans ist: die nationale Bewegung beunruhigt durch Serien von Bombenattentaten Polizei und Regierung so lange, bis der Zeitpunkt zum Putsch gekommen ist, und dann steigt ein kleiner Hochverrat im Geiste derer um Hitler, wobei die Reichswehr und ihre Offiziere dem Hochverräter hilfreich zur Seite stehen. Man versteht, dass das Organ des Herrn Strasser nach solcher Verherrlichung der Bombenattentate und der Zersetzungsversuche in der Reichswehr auf ein Alibi bedacht ist!

Vorne werden frech die Bombenattentate als Polizeispitzelmache hingestellt - hinten werden sie als Heldentaten begeisterter nationaler Männer gefeiert.

Konkubinat.

Das gibt es immer noch, diesen muckerischen und heuchlerischen Begriff aus den finstersten Zeiten des wilhelminischen Polizeistaates. Es gibt immer noch die Polizeiverordnungen, die es unter Strafe stellen, wenn zwei Leute zusammenleben, ohne vor dem Standesamt gewesen zu sein. Die Praxis ist inzwischen milder geworden, aber es gibt noch Länder, in denen die Bestimmungen gegen das Konkubinat in der rigorosesten Weise gehandhabt werden. Wir hören von einem bezeichnenden Fall aus Bayern: Im Februar 1929 reichte die Frau eines Bauarbeiters in Schönwald in Oberfranken Scheidungsklage gegen ihren Ehemann ein. Die Ehe wurde in der Folge wegen groben Verschuldens des Mannes geschieden. Mann und Frau kamen jedoch nach der Scheidung überein, sich nicht zu trennen. Sie lebten weiter zusammen und haben sich inzwischen in aller Form wieder miteinander verheiratet. Da sie aber in der Zeit zwischen Ehescheidung und neuer Eheschliessung als unverheiratete Leute, bestenfalls nur als Brautleute zusammengelebt haben, so entschloss sich eine hochwohlwollliche bayerische Polizeibehörde, gegen diesen unsittlichen Zustand einzuschreiten. Sie tat es gründlich

die beiden Leute wurden wegen der Zwischenzeit wegen Konkubinats bestraft. Womit dem Buchstaben des Gesetzes Genüge geschehen und die Sittlichkeit wieder einmal gerettet ist.

Moral mit nachfolgender Pleite.

Im vergangenen Sommer wurde die Gemeinde Beuel am Rhein in Deutschland berühmt. Sie hatte ein Strandbad eingerichtet, das grossen Zuspruch fand. Die katholische Geistlichkeit erhob aus moralischen Gründen Einspruch, der Gemeinderat beschloss darauf, getrennte Abteilungen für männliche und weibliche Besucher einzuführen. Eine Trennungswand wurde errichtet, aber von diesem Zeitpunkt ab blieb das versittlichte Strandbad leer. Und die Folge der Rettung der Moral war eine fette Pleite, denn die Gemeinde musste den Fehlbetrag decken. Da aber der Fiskus schliesslich stärker ist als die Moral, beschloss der neugewählte Gemeinderat bei Stimmenthaltung der zehn Zentrumsmitglieder, die Trennungswand zwischen Männlein und Weiblein wieder fortzunehmen.

Darob grosse Klage bei den Moralischen. Sie gingen ein Haus weiter und erreichten, dass im nicht weit entfernten Unkel die Trennung der Geschlechter im Strandbad durchgeführt wird. Beuel hat seine Einnahmequelle für die Gemeindefinanzen, Unkel den Ruhm, die Sittlichkeit gerettet zu haben, und wem es in Unkel nicht passt, durch eine Bretterwand vom anderen Geschlecht geschieden zu sein, der kann nach Beuel gehen und dort dazu beitragen, dass den Gemeindefinanzen wieder auf die Strümpfe geholfen wird!

Sie lassen es sich etwas kosten.

Die Arbeitsgemeinschaft aus Hakenkreuzlern und Stahlhelmen, die in Koburg das Stadregiment führt, hat fünf städtische Arbeiter entlassen, um dafür Leute ihrer Parteirichtung einzustellen. Das dicke Ende jedoch kam nach. Die Entlassenen klagten vor dem Arbeitsgericht, und das Gericht verurteilte die Stadt, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, oder ihnen insgesamt ein Abkehrgehalt von 700 Mark zu zahlen.

Die wackeren Hakenkreuzler haben also auf Kosten der Steuerzahler fünf ihrer Leute untergebracht und haben dafür die Stadt mit Abkehrgeldern für die von ihnen hinausgeworfenen Arbeiter belastet. Sie lassen es sich etwas kosten - aber aus der Tasche der Steuerzahler, beileibe nicht aus der eigenen Tasche!

Vom Sparen.

Alles schreit nach Sparsamkeit und vor allen Dingen bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Vom Sparen dort, wo es möglich wäre, hört man nichts. Der Bremer Industrielle Lahusen hat sein Herrenhaus Hohe-Horst fürstlich ausbauen lassen; es enthält 107 Räume für eine Familie von sechs Köpfen, darunter 12 herrliche Badezimmer. Er hat über das Prachthaus ein illustriertes Prachtwerk mit 160 Kunstdrucktafeln erscheinen lassen. Der Kontrast zur Armut des Volkes und der Not von heute schlägt das Auge. Die Bremer "Volkszeitung" hat Herrn Lahusen kräftig darauf aufmerksam gemacht. Herr Lahusen hat die Konsequenzen gezogen. Was hat er getan? Hat er der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein Notopfer von einer Million gezahlt? Nichts davon - er hat sein Haus im Werte von 3 600 000 Mark sofort gegen Aufruhr versichern lassen.

Aus aller Welt

Neue Hellsehersensationen in Berlin.

Hanussen und Frau Dr. Akkeringa - Die Tränen am Ring - Das blonde Mädchen ist kein Dieb - Lernt und lehrt Einstein um?

SPD. Kürzlich wurde ein junger Mann in Teplitz (Tschechoslowakei) auf der Strasse von einem Gendarmen angesprochen "Sind Sie Erik Jan Hanussen?" "Jawohl!" "Sie nennen sich Hellseher?" - "Allerdings!" - "Meine Behörde sagt, Hellseher gibt es nicht, folglich sind Sie ein Betrüger. Ich verhafte Sie!"

Während der Untersuchungshaft wird Hanussen der Prozess gemacht. In der Gerichtsverhandlung lehnt er den Gerichtspsychiater ab und verlangt den sachverständigen Parapsychologen Dr. Kröner-Berlin. Kröner stellt Beweisantrag mit 200 Zeugen, die die Hellseherfähigkeit Hanussens bezeugen wollen. Das Gericht vertagt sich bis auf weiteres und entlässt Hanussen vorläufig aus der Haft. Jetzt hat er sich der breiten Öffentlichkeit Berlins vorgestellt.

Vor Tausenden von Menschen macht Hanussen in einem Saal der Philharmonie psychometrische und telepathische Versuche. Man applaudiert, er winkt ab: "Sie werden Besseres erleben. Geben Sie mir irgendwelche Gegenstände". Zahlreiche Menschen erstürmen das Podium. Er wählt Einzelne. "An diesem Ring kleben Tränen. Kindertränen und die einer Mutter. Das ist nicht nur symbolisch zu verstehen. (er wendet sich an eine junge Dame) Dieser Ring ist von Ihrem Finger. Ihr vierjähriges blondlockiges Söhnchen spielte damit, als er infolge eines psychologisch unrichtigen Richterspruches gewaltsam von Ihnen getrennt wurde. Der Sachverhalt war folgender (er schildert den Prozessgang, die Dame bestätigt alles schluchzend), seinem Privatsekretär werden Zettelfragen aus dem Publikum gerichtet. Hanussen, mit verbundenen Augen, setzt sich durch das Medium eines Rosenkranz, den er nervös zwischen den Fingern dreht, in Trance. Er beginnt: Der erste Zettel fragt, was am 30. März 1917 9 Uhr abends im Hause Landhausstrasse Nummer so und so geschah? Das Haus ist einstöckig, hat vier Fenster Vorder- und zwei Seitenfront. Von dieser aus dringt ein 53jähriger stoppelbärtiger rötlich-blonder Mann mit einer Gesichtsnarbe ein. Er stammt aus einem bestimmten Hauskarrée des Wedding. Bei ihm ist ein 24jähriger Mensch, lungenleidend, Gesichtspickel, grau gekleidet. Auf der Strasse postiert ein junges Frauenzimmer folgender Kleidung, Haartracht ect. Sie stehlen folgende Gegenstände (Aufzählung) Bestätigung. Der zweite Zettel betrifft gleichfalls einen Diebstahl, aber nur Wäschestücke. Auf den Verdacht der Bestohlenen wurde die Kriminalpolizei auf die falsche Spur geleitet, die zur Verhaftung eines 23jährigen blonden Mädchens führte, die mit dem Diebstahl nichts zu tun hat. Der Dieb ist ein Elektrotechniker folgender Aussehens, der zur gleichen Zeit in ihrer Wohnung beschäftigt war. Veranlassen Sie sofort die Umstellung der Kriminalpolizei. (Die Zettelschreiberin bestätigt die Anzahl der gestohlenen Wäschestücke und die Verhaftung und wird von ihrem Gatten in Erregung aus dem Saal geführt). Der dritte Zettel betrifft den Verlust einer Handtasche auf dem Kurfürstendamm. Ein Irrtum: Die Verlustträgerin hatte vorher in Herrenbegleitung in einem bestimmten Café gesessen. Dabei war ihr die Handtasche unter das Marmortischchen gefallen. Das hat ein junges Mädchen, die drei Tische hinter ihr an einem Pfeiler sass, beobachtet und sich nach dem Fortgang der Dame die Tasche angeeignet. Nach ihrem Fortgang ist die Diebin von einem dunkelhaarigen Herrn abgeholt worden, der schon vorher einmal an diesem Tisch sass und der der Bestohlenen aufgefallen war, denn sie kennt ihn und hat über ihn zu ihren Tischgenossen gesprochen.

Fragen Sie Ihren Bekannten nach der Adresse des Mädchens, dann werden Sie Ihre Tasche wieder erhalten. (Die Dame bestätigt den Vorgang). So geht es bis zur Erschöpfung Hanussens weiter, der aus dem Trance erwacht. Kein Zuhörer geht ohne Erschütterung aus dem Saal.

Gleicherzeit zeigt die holländische Hellseherin, Frau Dr. Akkeringa, Witwe eines Gemeindefarztes aus dem Haag, ihre Fähigkeiten in Berliner Zirkeln. In der Gesellschaft für Spagyrik im Weinhaus Rheingold in der Potsdamerstrasse griff sie beispielsweise aus zahlreichen, vom Publikum gereichten Gegenständen eine Sammetmütze heraus, ohne sie zu betrachten und erklärte: Diese Mütze ist von einer alten Heimarbeiterin für ein Warenhaus gefertigt. Die Arbeiterin ist bald darauf gestorben. Ich sehe sie vor mir. Die Mütze wurde zuerst von einem sechs-jährigen Mädchen, dann von einem Knaben, der jetzt 11½ Jahre alt ist, getragen. Sein Geburtstag war am 26. September, er heisst Max. Der Knabe hat starkes Interesse für okkulte Dinge und hat selbst gebeten, diese Mütze vorzulegen. Er wäre selbst gern hergekommen, ist aber krank. Er hat durch Rachitis deformierte Beine, lag zweieinhalb Monate in Lichterfelde in einem Kinderkrankenhaus und wurde seinen Eltern mit der Weisung zugeführt, eine bestimmte Diät zu beachten und eine ganz bestimmte Medizin zu nehmen. Die Eltern missachteten leider die Weisung und nun klagt der Knabe über Hüftgelenkschmerzen. Hinter seiner Schwester im Zuschauerraum sehe ich die Gestalt einer älteren Dame gebückter Haltung (ergreift einen Brief vom Tisch), von der dieser Brief geschrieben ist. Die Dame trägt aufwärts gekämmte Haare, hat stark vorgewölbte Augenbrauen, lallende Stimme, schleppt das linke Bein nach. Die Folge eines vor drei Jahren erfolgten Schlaganfalles, der drei Monate später zu ihrem Tode führte. Sie stand seit dem Krieg in stark seelischer Depression, weil ihr Sohn bei dem Unglück der Titanic ertrunken ist. Ihr Name war Hermine S. Eine junge Dame und eine hinter ihr sitzende Frau bestätigen die Richtigkeit der Television. Akkeringa ergreift wieder einen Ring: Dieser Ring ist einer Selbstmörderin von folgendem Aussehen vom Finger genommen. Ihre Angehörigen fanden sie in einem Sessel sitzend, mit vorgestreckten Beinen und verkrampften Hals mit nach hinten hängendem Kopf vor. Es folgt eine Charakterologie der Selbstmörderin. Die Ringbesitzerin bestätigt alle Einzelheiten. So geht es zwei Stunden fort, ohne dass ein einziger Fehler nachzuweisen ist.

In der Grunealdvilla Andreas -Rathenau, einem Centrum des geistigen Berlin, demonstriert Frau Dr. Akkeringa vor illustren Gästen, unter denen sich Professor Albert Einstein befindet. Der exakte Mathematiker und Astrophysiker kommt als Skeptiker. Von Fall zu Fall erweitern sich seine Augen, er wird erregter und bekennt dann: Wir müssen die Weltanschauung der exakten Naturwissenschaft umstellen, da wir uns überzeugt haben, dass die Ueberwindung von Raum und Zeit möglich ist. Er bittet die Hellseherin zu einem Privatissimum in sein Studio, reicht ihr irgendeinen Gegenstand, einen bestrickten Kleiderbügel und erfährt die genaue Geschichte seiner Herstellerin im Zuchthaus, die sich nicht nachprüfen lässt, dann aber die einer Hausangestellten, die herbeigeholt wird und verblüfft jede Einzelheit ihres Vaterhauses, nach der sie gefragt wird, bestätigt.

Das Erlebnis Einsteins, betonen die Anhänger der Hellseherei, haben auch andere Geistesgrössen unserer Zeit gehabt, so der grosse Physiker Oliver Lodge, der französische Philosoph Henri Bergson und der Physiologe Charles Richet, der deutsche Lebensforscher Hans Driesch, der Sexualpsychoanalytiker Sigmund Freud. Gross ist freilich auch die Zahl der Gegner des Okkulten. Jedenfalls sieht es ganz so aus, als ob der Kampf um die geheimnisvollsten Dinge aufs neue heftig entbrennen wird.

+ + +

Lokaltermin im Dielingen-Prozess. In Autos begab sich am Dienstag morgen das Osnabrücker Schwurgericht nach dem 55 Kilometer entfernt gelegenen Grönlow, wo vor vier Jahren Emma Hoge auf bis heute noch nicht völlig aufge-

klärte Weise den Tod fand und aus dem Bach gezogen wurde. Der Lokaltermin dauerte bis in die Mittagsstunde. Es wurde festgestellt, dass bei der Ortsbesichtigung, die das Schwurgericht, das Hermann von Dielingen zum Tode verurteilte, vorgenommen hatte, der Angeklagte verschiedene falschen Aussagen gemacht hatte, die im Widerspruch zu seinem Geständnis standen. Hiernach besteht also die Möglichkeit, dass Hermann von Dielingen tatsächlich ein falsches Geständnis abgelegt hat. Der Bach ist an der Stelle, wo die Leiche gefunden wurde, etwa 2½ Meter breit und in der Mitte einige Meter tief. Die Zeugen, die die Leiche fanden, sagten aus, es sei ihnen besonders aufgefallen, dass die Tote die Arme auf der Brust gekrümmt gehalten hätte und dass das Umschlagetuch, das um ihre Schultern geschlungen war, hoch um den Hals gezogen gewesen wäre.

+ + +
Der Potsdamer Versicherungsschwindel. Frau Dr. Momm, die des Versicherungsbetruges überführt ist, erlitt, wie Dr. Momm auch einen Nervenzusammenbruch, der es notwendig macht, dass die weitere erforderlich erscheinende Vernehmung vorläufig auf einige Tage ausgesetzt wird. Bei dem durch und durch pathologischen Wesen der Beschuldigten ist es freilich fraglich, wie weit ihre weiteren Aussagen noch sachliche Anhaltspunkte in Bezug auf evtl. Helfershelfer usw. ergeben können. Es fiel den Bekannten der Frau Momm schon seit langem auf, dass sie nicht im Stande war, auch nur die einfachste Begebenheit klar darzustellen. Im übrigen wird bekannt, dass in der Familie der Mutter der Momm, die Südamerikanerin ist, früher bereits zahlreiche Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind, wie auch das Verhalten der Frau Momm selbst in der letzten Zeit immer unberechenbarer und hysterischer geworden ist: sie verdächtigte gänzlich harmlose Personen mit allen möglichen Beschuldigungen, schrieb Schreckbriefe an Bekannte, bezichtigte Familienangehörige des Diebstahls, war in der Wirtschaftsführung von einer krankhaften Verschwendungssucht und besass beispielsweise nicht weniger als sieben Pelze. Dass Regierungspräsident Momm sich von seiner Frau, die ihn in seiner prominenten Stellung naturgemäss belastete, nicht scheiden liess, ist offenbar mit Rücksicht auf seine Kinder geschehen; bekannt ist, dass er sich im allgemeinen in der Wohnung seiner verheirateten Tochter aufhielt, um den ewigen Familienszenen zu entgehen. Als Dr. Momm von den Verfehlungen seiner Frau Kenntnis erhielt, zahlte er die von der Versicherungsgesellschaft erhaltenen Beträge zurück. Im Ganzen ist die Versicherung vier Mal mit insgesamt etwa 8 000 Mark in Anspruch genommen worden.

+ + +
Der Verwandlung des Rechtsanwalts. Der seit mehr als Jahresfrist vermisste Frankfurter Rechtsanwalt Jacob Lindheimer ist jetzt von einem Kollegen, der gleichfalls aus Frankfurt/Main stammt, in einem Hotel an der Riviera als Portier wiederentdeckt worden. Lindheimers Verschwinden erschien völlig rätselhaft, da gegen ihn nichts Belastendes vorlag und familiäre Zwistigkeiten nicht bestanden. Es wird aber angenommen, dass er in Anbetracht seines grossen Ehrgeizes Minderwertigkeitsgefühle deswegen hatte, weil er nicht gerade in der ersten Reihe der Frankfurter Anwälte stand. Aus dieser Tatsache könnte immerhin das Motiv zum Willen eines neuen Lebensbeginnes gedeutet werden. Lindheimer spricht mehrere Sprachen fliessend, wodurch sich ihm im Hotelfach gute Chancen erschliessen.

+ + +
Drei Papageientote in Potsdam. Die Zahl der in Potsdam an Papageienkrankheit Verstorbenen hat sich auf drei erhöht. Im ganzen werden bis jetzt sieben Fälle von Papageienkrankheit in Potsdam gezählt.

+ + +
Zwei Trichinentote in Stuttgart. Nach dem Genuss von Bärenschinken sind zahlreiche Gäste eines Restaurants in Stuttgart, desgleichen der Wirt und seine Familie, an Trichinose erkrankt. Zwei Personen sind bereits gestorben. Einer der Kranken hat sich in einem Fieberanfall aus dem Fenster gestürzt.

+ + +

Vermieterin erschlägt einen Armen. Der 49jährige Hilfsarbeiter Lorenz Hogger in Rosenheim, Vater von vier unmündigen Kindern, geriet mit seiner Vermieterin in Streit, weil er seine Miete nicht bezahlen konnte. Die rabiante Frau hat ihren Mieter vor Wut buchstäblich mit einem Stiefel erschlagen. Sie wurde verhaftet.

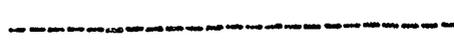
+ + +
Sind 1 333 333 Dollar zu verachten? Dieser Tage heiratete in New York die Witwe des früheren Millionärs John Coward, der ihr ein Drittel seines Vier-Millionen-Dollarvermögens auf so lange hinterliess, wie sie sich nicht verheiratete. Da Mss. Coward nun aber den Börsenmakler ihres Herzens, den durchaus nicht vermögenden Mr. Wingate Carroll, gefunden hat, unterschrieb sie die Verzichtserklärung auf ihr Millionenvermögen, um nun, arm wie eine Kirchenmaus, in die Arme ihres neuen Bräutigams zu eilen.

+ + +
Schülerin verklagt ihren Direktor. Ein Beleidigungsprozess zwischen einer Oberprimanerin und ihrem Oberstudiendirektor wurde vor dem Amtsgericht in Hindenburg verhandelt. Die Oberprimanerin hatte den Direktor verklagt, weil dieser sie als Verfasserin mehrerer anonymer Briefe bezeichnet hatte, in denen zwei Studienräten der Vorwurf der Parteilichkeit bei der Bewertung von Schularbeiten gemacht worden war. Während der Verhandlung gestand der als Zeuge vernommene Bruder der Oberprimanerin, ein Student, dass er der Verfasser der anonymen Briefe gewesen wäre. Die Schülerin zog die Beleidigungsklage zurück, das Verfahren wurde eingestellt.

+ + +
"Europa" bewährte sich glänzend. Der Riesendampfer "Europa" des Norddeutschen Lloyd, der am Mittwoch seine Jungfernfahrt nach New York antreten wird, ist von seiner letzten grossen Probefahrt, bei der das Schiff offiziell übernommen worden ist, nach Bremen zurückgekehrt. Das Schiff soll sich auf der Probefahrt ausserordentlich gut bewährt haben.

+ + +
Der Streit um die Millionenerbschaft. Vom Landgericht I in Berlin ist in dem Millionenprozess, der von der nichtbedachten Verwandten des Juweliers Albert Loeske gegen die Erben des Riesenvermögens, eine Freundin und Geschäftsfreunde des Toten, angestrengt worden ist, im Verkündungstermin weitere eingehende Beweiserhebung durch Zeugenvernehmung beschlossen worden. Es handelt sich hauptsächlich um die Frage, ob der Millionär Loeske zur Zeit der Abfassung des Resamentes Zeichen von Geisteskrankheit oder Erschlaffung der Willenskraft gezeigt hat. Ausserdem sollen die einzelnen Vorgänge bei der Auffindung des Testaments unter Beweis gestellt werden. Endlich hat sich das Gericht vorbehalten, einen gerichtlichen Sachverständigen darüber zu hören, ob die Testamente gefälscht sein können.

+ + +
Riesenfeuer in Bodenbach. In Bodenbach an der Elbe brannten fünf Maschinenhallen der Kabelfabrik S. Krizik A.G., an der die AEG und Siemens beteiligt sind, nieder. Die übrigen Maschinenhallen wurden durch die starke Hitze derart beschädigt, dass der gesamte Betrieb die Arbeit einstellen musste. Das Feuer, das durch Kurzschluss im Prüfungsraum des Werkes entstanden ist, hat einen Schaden von 46 Millionen tschechischen Kronen angerichtet, der durch Versicherung gedeckt ist.





Der Arbeitslosenkommissar.

SPD. Es ist kein verspäteter Faschingsscherz, sondern Tatsache: da prüft in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ein Kommissar, den unter den Kennern der Arbeitslosenversicherung kaum jemand kennt, er prüft und sucht nach Sparmöglichkeiten und kann keine Fehler und Missbräuche feststellen und für diese fruchtlose Arbeit eines Ahnungslosen zahlt der Staat - so will es die Sparweisheit eines hohen Reichssparkommissars jährlich zu dessen Pension von rund 25 000 Mark noch Gesamtbezüge in Höhe von 18 000 Mark. Es ist wirklich schwer, keine Satire zu schreiben,

Dass der Arbeitslosenkommissar, der frühere Ministerialdirektor Bail aus dem Preussischen Handelsministerium, von dem Reichssparkommissar Dr. Saemisch, der ihn mit der Aufstöberung von Sparmöglichkeiten in der Arbeitslosenversicherung beauftragt hat, die Taschen vollgestopft erhält, ist ein schlimmes Kapitel. Noch schlimmer ist jedoch die Feststellung, dass dieser Arbeitslosenkommissar unmöglich der ihm anvertrauten Aufgabe gewachsen ist. Bail kommt aus der preussischen Verwaltung. Das ist aber noch kein Befähigungsnachweis für die Prüfung einer so schwierigen und komplizierten Materie, wie sie die Arbeitslosenversicherung darstellt. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: War für Prüfung von Sparmöglichkeiten in der Arbeitslosenversicherung wirklich kein Mann aufzutreiben, der für die ihm überwiesene Arbeit wenigstens das notwendige Handwerkzeug mitbringen konnte? In den Fachkreisen der Arbeitslosenversicherung ist Ministerialdirektor Bail ein Unbekannter. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, dass die Meldung, wonach Bail als Arbeitslosenkommissar tätig ist, in der Reichsanstalt selbst viel Verwunderung und Staunen hervorgerufen hat. Die Ueberprüfung der Verhältnisse der Reichsanstalt ist, wie der Reichsarbeitsminister Wissell im Haushaltsausschuss des Reichstages am Dienstag betonte, an sich nichts Aussergewöhnliches, da andere Ressorts vom Sparkommissar ebenfalls untersucht werden, aber die Ernennung dieses besonderen Arbeitslosenkommissars ist etwas Aussergewöhnliches. Was sich hier der Reichssparkommissar geleistet hat, ist reichlich grotesk.

Allem Anschein nach müssen sich verschiedene Leute in massgebenden Stellen wunder was von einer Prüfung der Verhältnisse der Arbeitslosenversicherung versprochen haben, und vielleicht liegt hier der Grund, warum man dem Arbeitslosenkommissar noch einen Extra-Batzen Geld für seine Arbeit zugeschanzt hat. Die grossen Erwartungen, die man auf ihn gesetzt hat, scheinen jedoch sehr wenig in Erfüllung zu gehen. Wie wir hören, sind bis jetzt irgendwelche nennenswerte Mängel oder Fehler in der Organisation oder in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung nicht festgestellt worden.

Beim Aufbau der Arbeitslosenversicherung ist schon mehr als genug gespart worden. So ist der Personalapparat überaus sparsam aufgezo-gen, eigentlich schon viel zu sparsam für normale Arbeitsvermittlung, geschweige denn für eine so schwierige Arbeitsmarktlage, wie wir sie zurzeit haben. Die grosse Strukturkrise der Wirtschaft, die zu den verhältnismässig günstigen Konjunkturprognosen, zum Steigen der Ausfuhr und zu den auf der Leipziger Messe zu Tage getretenen günstigen Symp-tomen in einem scharfen Kontrast steht, erfordert von der Reichsanstalt, vor allem von ihrer Arbeitsvermittlung enorme Anstrengungen. Viele Leute vergessen aber immer wieder, dass zu den Aufgaben der Reichsanstalt

nicht allein die Unterstützung, sondern auch die Arbeitsvermittlung gehört. Beim Aufbau der Organisation ist eine gewaltige Zusammenlegung der Arbeits- und Landesarbeitsämter erfolgt; hier kann kaum eine noch grössere Konzentration erfolgen, wenn nicht die Arbeit der Reichsanstalt leiden soll.

Wo und wie in der Arbeitslosenversicherung durch Ausräumung von angeblichen Fehlern und Misständen noch nennenswert gespart werden kann, ist im Augenblick noch das grosse Geheimnis der Gegner der Arbeitslosenversicherung. Vielleicht erfährt die Öffentlichkeit bald auch etwas von diesem Geheimnis.

SPD. Kein Tag ohne Beschwerden über Arbeiterentlassungen im Bereich des Reichswehrministeriums. Vor einigen Tagen ging von ihm ein neuer Erläss heraus, wonach die Belegschaften in den Wehrkreiswaffenmeistereien am 1. April um mindestens fünf Prozent abgebaut werden müssen. Weitere fünf Prozent sollen automatisch in den nächsten Vierteljahren zum Abbau kommen.

Mit einem Mangel an Mitteln wird man diese Entlassungen kaum begründen können, denn bis jetzt schien es doch so, als ob das Reichswehrministerium in diesem Jahr eine ganze Reihe von Millionen mehr erhält. Zweifellos entspringen die bevorstehenden Entlassungen in den Wehrkreiswaffenmeistereien ganz anderen Ursachen, über die, wenn nötig, an anderer Stelle noch etwas deutlicher gesprochen werden kann.

Unter den Arbeitern, die das Reichswehrministerium beschäftigt, steigt zunehmend die Erbitterung; denn das Messen mit zweierlei Mass in der Beschäftigungsfrage ist zu brutal. Im Reichswehrministerium wimmelt es heute noch von Offizieren a.D. in Angestelltenstellen, die neben ihrer nicht unbeträchtlichen Pension auch noch ein sehr beachtliches Gehalt beziehen. So sind allein bei der Reichsbetriebskrankenkasse in Königsberg 25 Offiziere a.D. auf Privatdienstvertrag angestellt. Dazu kommen bei der Division 10 weitere Offiziere a.D. und War- tegeldempfänger. Es sind meistens höhere Offiziere, die hier in Frage kommen, z.B. z.B. General a.D. Fischer, Oberst a.D. von Weller, Oberstleutnant a.D. Klau- sius, Oberstleutnant a.D. Bock, Major a.D. Seraphim, Major a.D. Heinke, Major War- necke, Major a.D. Augat, Major a.D. Dünker, Hauptmann Brandenstein, Rittmeister Augstein. Von diesen bezieht beispielsweise der General A.D. Fischer eine Pension von 750 Mark und dazu ein Gehalt von 650 Mark. Bei der I. Division sind vor eini- ger Zeit 15 Arbeiter entlassen worden. Auch hier hiess es, es seien keine Mit- tel zur Weiterbeschäftigung vorhanden. Es wurden aber zwei ehemalige russische Offiziere weiter beschäftigt.

Der Reichstag hat eine Vorbewilligung von Mitteln zur Weiterbeschäftigung der Arbeiter bei der Reichswehr abgelehnt, für die Mittelmeerreisen der deut- schen Flotte aber eine Vorbewilligung von 250 000 Mark im Haushaltsausschuss be- schlossen. Geld für Vergnügungsreisen, aber kein Geld für Brot!

SPD. In rheinischen Stahlwerken z.B. im Stahlwerk Willich bei Krefeld haben die Angestellten unter dem Druck drohender Stilllegung sich mit einer Gehalts- senkung um 15% einverstanden erklärt. Auch innerhalb der Arbeiterschaft wird die Frage einer eventuellen Lohnsenkung zum Zweck der Aufrechterhaltung des Betriebs erörtert. Da eine derartige Senkung der Bezüge ohne vorherige Aenderung der Tari- fe nicht möglich ist, wird in der Unternehmerpresse der Erwartung Ausdruck gege- ben, dass sich die Gewerkschaften bald mit der Frage der Lohnsenkung beschäftigen



Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Seine Bedeutung für die deutsche Industrie.

SPD. Nach 4 $\frac{1}{2}$ jährigem Zollkrieg ist endlich durch den zwischen Deutschland und Polen abgeschlossenen Handelsvertrag eine Regelung der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder zustande gekommen. In dem umfangreichen Handelsvertragswerk mussten deutscherseits insbesondere durch das Kohlen- und Schweißkontingent erhebliche Zugeständnisse gemacht werden, ohne die eine Wiederaufnahme geregelter Handelsbeziehungen zu Polen nicht zu erreichen war. Polen ist heute noch fast ausschliesslich ein Exportland für Agrarprodukte, vor allem für Vieh, Fleisch, Molkereiprodukte, Roggen und Holz, sowie für industrielle Roh- und Werkstoffe, in erster Linie für Kohlen, Eisen, Metalle und Erdöle. Es ist zu verstehen, dass Polen seinerseits auf die Belieferung des deutschen Marktes mit seinen wichtigsten Exporterzeugnissen nicht verzichten will und kann, wenn es der deutschen Industrie für ihre industriellen Ausfuhrwaren verstärkte Absatzmöglichkeiten bieten soll.

Unter dem langjährigen Zollkrieg haben die deutsch-polnischen Austauschbeziehungen ausserordentlich stark gelitten. Polen hat die deutsche Ausfuhr durch eine grosse Zahl gegen Deutschland gerichteter Einfuhrverbote erschwert und durch den Ausschluss von den niedrigeren Vertragssätzen hat die deutsche Industrie ihre Exportbeziehungen teils eingebüsst, teils nur unter allergrösster Mühe aufrecht erhalten können. Während sich der deutsche Gesamtexport in den letzten fünf Jahren um mehr als 50% erhöht hat und der Warenexport nachden Nachbarstaaten zum Teil noch stärker gestiegen ist, hat die deutsche Ausfuhr nach Polen bis heute den Stand vor Ausbruch des Zollkrieges nicht wieder erreichen können. Die deutsche Ausfuhr nach Polen in den 4 Quartalen vor Ausbruch des Zollkrieges (Juli 1924/25) betrug über 400 Millionen Mark, im Jahre 1929 dagegen erst wieder 356 Millionen Mark. Es ist also noch immer ein Ausfuhrverlust von fast 50 Millionen Mark gegenüber dem Stand vor dem Zollkriege zu verzeichnen. Nach unserem südöstlichen Nachbarland, der Tschechoslowakei, dessen Bevölkerung nur halb so gross ist wie die Polens, konnte im gleichen Zeitraum eine Ausfuhrsteigerung um mehr als 200 Millionen Mark erreicht werden. Deutschland war vor dem Zollkrieg an der polnischen Gesamteinfuhr mit mehr als 34% beteiligt, in den beiden letzten Jahren betrug der Belieferungsanteil dagegen nur 27%.

Die deutsche Industrie hat also schwere Einbussen auf dem polnischen Markt gegenüber der Zeit vor dem Zollkrieg erlitten. Ganz besonders schwer ist das Textil- und Bekleidungsgewerbe betroffen. So hat sich z.B. der Gesamtabsatz der Textil- und Bekleidungsindustrie von 60 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 26 Millionen Mark im Jahre 1929, der Absatz der Leder- und Schuhindustrie von 13,5 auf 1,5 Millionen, der Absatz der keramischen Industrie von 8 auf 5 Millionen Mark im gleichen Zeitraum verringert. Die zahlreichen mittleren und kleinen deutschen Ausfuhrindustrien sind gleichfalls vom polnischen Markte so gut wie abgeschnitten worden. Die grossen deutschen Produktionsmittelindustrien haben zwar während der Dauer des Zollkrieges absolut keine so beträchtlichen Exportverluste erlitten, konnten sogar teilweise ihren Export steigern, haben jedoch

an den in der Zwischenzeit vorgenommenen umfangreichen Investitionen in der polnischen Industriewirtschaft nur in unbefriedigender Masse teilgenommen. Die Zollkriegsverluste der deutschen Maschinenausfuhr nach Polen schätzte der deutsche Maschinenbau allein bis Oktober 1927 auf 63 Millionen Mark; man kann den gesamten Exportverlust der Maschinenindustrie auf dem polnischen Markte bis heute wohl auf mindestens 100 Millionen Mark veranschlagen.

Im neuen Handelsvertrag mit Polen sind zwar dem deutschen Industrieexport keine besonderen Tarifkonzessionen zugebilligt worden; Polen hebt aber seine gegen Deutschland gerichteten Einfuhrverbote völlig auf, hat ferner für diejenigen Warengruppen, für die allgemeine Einfuhrverbote bestehen, Deutschland überwiegend Einfuhrkontingente eingeräumt. Vor allem aber gelangt Deutschland durch die Meistbegünstigung jetzt auch in den Genuss der Zollabschlüsse, die Polen in seinen sonstigen Handelsverträgen, von denen auf tariflichem Gebiete insbesondere der Vertrag mit Frankreich und der Tschechoslowakei von Bedeutung sind, zugebilligt hat. In seinen früheren Handelsverträgen hat Polen Zollermässigungen für etwa 460 Warengruppen erteilt, die jetzt auch für die deutsche Ausfuhr in Anwendung kommen und insbesondere der ostdeutschen Industrie die Wiederaufnahme ihrer früheren Exportbeziehungen erleichtern dürfte. So ermässigen sich für Deutschland, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die Einfuhrzölle bei Baumwollgeweben um 10 bis 15%, für Wollgewebe um 15-30%, für Kleider- und Wäschekonfektion um 10-30%, für Eisen- und Stahlerzeugnisse um 10-20%, für Möbel um 20%, für Lederwaren um 20-75%, für Porzellanwaren um 15-40%.

Nun bleiben allerdings die polnischen Zollsätze, auch die Vertragssätze, noch immer sehr hoch. Polen hat ferner unter dem Schutz des Zollkrieges und begünstigt durch allerlei staatliche Subventionen eine eigene Industrie entwickelt. So sind, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die Lederindustrie, die Kleiderkonfektion, die Oelmühlenindustrie und die Landmaschinenindustrie sehr stark ausgebaut worden und es dürfte für diese, aber auch noch für manche andere Zweige der deutschen Industrie recht schwer sein, mit Polen im früheren Umfange wieder ins Geschäft zu kommen. Es besteht jedoch für diese Industrien in jedem Falle die Aussicht, zum mindesten einen Teil ihrer grossen Exportverluste aufzuholen. Der Maschinenbau wird sehr rasch mit beträchtlicher Exportsteigerung nach dem polnischen Markt rechnen können. Zunächst kommen dem Maschinenbau und auch der Elektroindustrie einige vertragliche Zollermässigungen, die Polen für Holzbearbeitungsmaschinen, Landmaschinen, elektrische Maschinen, Turbinen und Pumpen gewährt hat, automatisch zugute. Ferner werden für Maschinen und Apparate, die in Polen nicht hergestellt werden, in Zukunft Deutschland auf Antrag die gleichen Zollermässigungen gewährt wie allen anderen meistbegünstigten Staaten.

Nun ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die polnische Industrie zur Zeit in einer schweren Depression befindet und die Kreditunsicherheit einen selbst für polnische Verhältnisse ungewöhnlichen Umfang angenommen hat. Unter diesen Umständen wird die Ausdehnung der Geschäftsbeziehungen vielleicht nur langsam in Gang kommen können. Aber auch unter der aussergewöhnlich schlechten Konjunkturlage kann die deutsche Industrie mit einer Aufwärtsentwicklung ihres polnischen Exports rechnen. Auf längere Sicht betrachtet öffnen sich für die deutsche Wirtschaft durch den Handelsvertrag noch viel weitere Perspektiven. Die polnische Wirtschaft befindet sich heute noch in einem ersten Aufbaustadium. Deutsches Kapital und deutsche Produktionsmittel werden an dem Ausbau und der Modernisierung des polnischen Wirtschaftsapparates in Zukunft in stärkster Masse beteiligt sein.

SPD. Der Abschluss der Commerz- und Privatbank für das Jahr 1929 - der erste Abschluss bei den grossen Filialbanken - zeigt, dass das verfllossene Bankjahr im grossen und ganzen nicht günstig war. Das Börsengeschäft fiel aus; dafür gab es Konzern- und Bankzusammenbrüche und eine rückläufige Konjunktur.

Im verflossenen Jahr hat sich die Commerz- und Privatbank mehrere Unternehmungen, die bedeutende Mitteldeutsche Creditbank, ferner die Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A.G. und die Aachener Bank für Handel und Gewerbe angegliedert. Dadurch ist natürlich das Bilanzbild stark beeinflusst worden. Bei den folgenden Gegenüberstellungen berücksichtigen wir nur die Ziffern der Mitteldeutschen Creditbank für Ende 1927; denn die Mitteldeutsche hat merkwürdigerweise für 1928, obwohl sie während des ganzen Jahres noch selbständig war, überhaupt keine Abschlussbilanz veröffentlicht! Es zeigt sich nun die merkwürdige Tatsache, dass trotz des bei beiden fusinierten Banken von 135 auf 139 Milliarden gestiegenen Umsatzes in der Gesamtbilanz der Commerz- und Privatbank die Summe der fremden Gelder (Kreditoren) nicht gestiegen, sondern von 1610,8 auf 1585,6 Millionen zurückgegangen ist! Der Wechselbestand hat sich zwar von 338,6 auf 390, die Vorschüsse auf lagernde und schwimmende Waren haben sich von 208,9 auf 252,8 Millionen erhöht. Bei den laufend gewährten Krediten (Debitoren) ergibt sich aber ein Rückgang von 786,8 auf 783,7 Millionen.

Das ist der erste Widerspruch in dieser merkwürdigen Fusionsbilanz; dieser Widerspruch wäre natürlich noch erheblich grösser, wenn man die Ziffern der Braunschweigischen und der Aachener Bank noch hinzunehmen würde. Obwohl aber die fremden Gelder, mit denen das Hauptgeschäft gemacht wird, trotz der Fusion zurückgegangen sind, die Fusion eigentlich zunächst als Fehlgeschäft betrachtet werden muss, wurde im vergangenen Jahr das Kapital von 60 auf 75 Millionen Mark erhöht, mit der Folge, dass auch die Gewinnansprüche aus dem Geschäft natürlich steigen mussten.

Die Gesamteinnahmen betragen 76,95 Millionen gegen 75,11 Millionen bei der Commerz- und Privatbank für 1928 und der Mitteldeutschen Creditbank für 1927; es liegt also nur eine sehr geringe Steigerung vor. Die Handlungsunkosten sind von 52,6 auf 55,9 Millionen, die Steuern von 9 auf 10,2 Millionen gestiegen; als Gewinn wird bei der Commerz- und Privatbank für 1929 der Betrag von 10,86 Millionen Mark ausgewiesen gegen 13,34 Millionen 1928 bzw. 1927 bei der Commerz- und der Mitteldeutschen Creditbank. Dieser Rückgang des ausgewiesenen Reingewinns (trotz dreier Fusionen!) ist an sich schon interessant und spricht für keine besonders erfolgreiche Geschäftsführung. Aber die Commerz- und Privatbank hat es fertig gebracht, trotz des Rückganges des Geschäftes nach der Fusion, für das erhöhte Kapital von 75 Millionen Mark dieselbe 11 prozentige Dividende zu verteilen wie im Jahre 1927. Das ist der zweite sehr merkwürdige Widerspruch in dieser Grossbankbilanz.

Nun hat das Jahr 1928 zweifellos erhebliche Verluste auch für die Commerz- und Privatbank gebracht. Bei der "Favag" sitzt sie ziemlich stark in der Tinte. Behauptet wird, dass diese Verluste durch stille Reserven und Abschreibungen reichlich gedeckt sind. Trotzdem aber 11 Prozent Dividende auf das erhöhte Kapital! Wie gewaltig müssen die Gewinne in früheren Jahren gewesen sein, dass bei rückgängigem Geschäft, grossen Verlusten auf ein höheres Kapital noch eine 11-prozentige Dividende gezahlt wird?

Liegt hier die erste Lösung der Widersprüche, so ergibt sich die zweite aus der Entwicklung der Belegschaftsziffern. Die Belegschaft wurde im Jahre 1929 von 9378 auf 8525 Mann abgebaut. Der Abbau dieser 850 Mann hat dazu beitragen müssen, dass die offenbar recht unglücklichen Fusionen der Commerz- und Privatbank und die Verluste des vergangenen Jahres gedeckt werden konnten. Das alles hat aber nicht daran gehindert, dass man den Aufsichtsrat beträchtlich erweitert und ihm statt 588 400 Mark im letzten Jahr 767 800 Mark ausgezahlt hat. So sieht die "Rationalisierung" bei den Grossbanken aus!

SPD. Die Entwicklung bei der Reichsbank wird weiter durch anhaltende Abnahme in der Beanspruchung des Bankkredits und durch eine Zunahme der Gold- und Devisenbestände charakterisiert. In der Woche zum 15. März haben sich die Gold- und Devisenbestände um 28,4 auf 2892,4 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen sind die Goldbestände um 18,3 Millionen auf 2480,5 Millionen und die Bestände an Deckungsdevisen um 10,1 Millionen auf 411,9 Millionen Mark angewachsen.

Die Kreditbeanspruchung gesamter Kapitalsanlage ging um 321 Millionen auf 1801 Millionen Mark zurück. Im Gegensatz zur Vorwoche sind diesmal die Bestände an Handelswechseln und Schecks stärker beteiligt. Es liegt hier ein Rückgang um 278,7 Millionen (in der ersten Märzwoche steigerten sie sich sogar um 1,4 Millionen Mark) auf 1639,4 Millionen vor. Auch die Lombardbestände haben um 27,2 auf 68,3 Millionen Mark abgenommen.

Auf Grund dieser Entwicklung besserte sich die Deckung der Noten durch Gold allein von 55% in der Vorwoche auf 58,1%, diejenige durch Gold und Deckungsdevisen von 63,9 auf 67,8%. Wir haben also gegenwärtig eine Rekorddeckung.

SPD. Die Deutsche Bank und Discontogesellschaft wird für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 10% verteilen. Die Vorjahrsdividende betrug bei der Deutschen Bank ebenfalls 10%.

Berliner Viehmarkt.

(18. März)

SPD. Der Appell, die nicht schlachtreifen Tiere angesichts der rückgängigen Preise nicht überstürzt auf den Markt zu werfen, scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. Die Zufuhren am Schweinemarkt lagen etwa um 20% unter dem Stand vor 8 Tagen. Das Geschäft setzte deshalb auch mit höheren Preisen ein. Im grossen und ganzen wurden aber die höheren Forderungen nur schwer bewilligt. Auf dem Kälbermarkt hätte die Beschickung grösser sein können. Die Preise gingen bei glattem Geschäft in die Höhe. Ebenso lebhaft eröffnete der Rindermarkt, wo der Auftrieb entschieden zu klein war.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-47 (voriger Markt 42-48), b) 33-40 (32-40), c) 28-31 (28-31), d) 23-27 (23-27), Kälber: a) - (-), b) 76-83 (72-78), c) 60-78 (58-73), d) 40-51 (38-55), Schweine: a) (über 300 Pfund) 70 (65-67), b) 240-300 Pfd.) 69-70 (67), c) (200-240 Pfd.) 68-70 (65-67), d) (160-200 Pfd) 66-68 (64-65), e) (120-160 Pfd.) 64-65 (61-63), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) Sauen 63-64 (61).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 18. März: I. 142 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark, je Zentner. Tendenz ruhig.

Weizen besser, Roggen behauptet.

(Berliner Getreidebörse vom 18. März.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte konnte am Dienstag Weizen, namentlich für den Mai, seine Preislage merklich befestigen. Im Roggenzeithandel zeigten sich dagegen nur wenig Veränderungen. Im Handel mit effektiver Ware war Weizen etwas reich angeboten. Da aber das Ausland festere Kurse meldete und gute Nachfrage seitens der Mühlen und des Handels bestand, konnten die Preise um $1\frac{1}{2}$ - 2 Mark anziehen. Roggen war dagegen spärlich angeboten. Da sich auch hier Käufer fanden, blieben die Preise behauptet, stellenweise liessen sich sogar etwas höhere Preise durchsetzen. Am Mehlmarkt blieb die Umsatztätigkeit sehr gering. Es fanden lediglich einige Deckungskäufe zu unveränderten Preisen statt. Hafer hatte geringes Angebot, aber auch die Kauflust am Platze war nur sehr mässig. Die Tendenz blieb stetig.

	17. März	18. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	235 - 238	237 - 240
Roggen	142 - 147	144 - 149
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	118 - 128	118 - 128
loco Mais Berlin	155	156
Weizenmehl	26,50-34,25	26,50-34,25
Roggenmehl	20,00-23,50	20,00-23,50
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,60- 7,90	7,75- 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 258 $1/4$ -258 Brief (Vortag 256 $\frac{1}{2}$), Juli 264 $1/4$ (264). Roggen März 159 (159), Mai 167 $3/4$ -166 $\frac{1}{2}$ Brief (167 $\frac{1}{2}$), Juli 172-171 Brief (173). Hafer März 125 (125), Mai 135 $3/4$ -135 (135) Juli 141 (141).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 18. März)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM. 1,10 - 1,30
" Weizenstroh "	" 1,05 - 1,20
" Haferstroh "	" 0,90 - 1,00
" Gerstenstroh "	" 0,95 - 1,05
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" 1,15 - 1,35
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 0,95 - 1,15
" Weizenstroh	" 0,85 - 1,00
Häcksel	" 1,70 - 1,90
Tendenz: stetig	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,80 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken	" 2,50 - 2,90
Luzerne, lose	" - - -
Thymothee, lose	" 3,40 - 3,80
Kleeheu, lose	" 3,40 - 3,80
Mielitz-Heu, lose, rein	" - - -
" " " (Warthe)	" - - -
" " " (Havel)	" 1,70 - 1,90
Drahtgepresstes Heu	Pfg. 40 über Notiz
Tendenz: still.	

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 18. März 1930.

Auf Tippelfahrt in Norwegen.^x

SPD. Den nachfolgenden interessanten, amüsanten Brief stellt uns der Empfänger, der Vater des Absenders, freundlichst zur Verfügung.

Arendal, 7. März 1930.

So. Eine kleine Etappe hätte ich hinter mir. Ich bin heute abend in Arendal angekommen, sitze im Sjømandshjemmet und schreibe an Euch.

Am Mittwoch, den 5. III., morgens begann ich die eigentliche Tappelei von Kristiansand aus. In der Stadt selbst war ich zwei Tage, um mich für die Tour zu rüsten und das noch vorhandene Geld kleinzukriegen. Von der Parteiversammlung schrieb ich wohl. Es war sehr interessant. Weniger das Thema (Organisations-Bericht), als die Art der Versammlung. Kein Ausschank, keine Unruhe, alles aufmerksame Hörer. Als der "Formand", der Vorsitzende, sein Amt erneut annahm, stand ein Genosse auf, brummte (wirklich: brummte) einen kleinen Vers- und die ganze Versammlung erhob sich zum einminutenlangen Händeklatschen. Das war so spassig anzusehen, dass ich schnell das Taschentuch zum Schnäuzen hervorholte. Von Kr. sand begann der Weg längs der Küste, d. h., meine Karte zeigte die Wege in leichten Biegungen um kleine Gewässer. Das erste "Gewässer" war nur 2 miles (15 klm.) lang. - Stellt Euch vor, herrliches Wetter, schon taugelang Sonnenschein und dann auf schmalen Wegen, den Felsen abgetrotzt, entlang Windungen über Windungen. Nach einer Biegung offenbart sich immer ein neues Bild: Wasser, Wald und felsige Berge. Dazwischen, wie hingekleckst, weisse und rote Häuschen. Schnee liegt nur noch ganz wenig, schüchterne weisse Flecken, als wolle der Winter um Verzeihung bitten, dass er noch da ist.

Ich traf einen Mann, in der Hand hatte er einen Strick, an dem Strick eine Kuh. Wir unterhalten uns. Zunächst über den Krieg. Die Norwonger fragen, wer sie merken, dass man Tysk ist, zunächst nach dem Krieg. - Na, der Mann lud mich ein zu einer Tasse Kaffee und schliesslich auch bei ihm zu schlafen. Spassig, dass ich ausgerechnet zuerst beim - Gerichtsvollzieher landen muss. Die Kuh-na, Ihr ahnt es dann schon. Knif! Die Kuh hatte er gekauft. Es kommt sehr selten vor, dass der Staat auf diese Weise seine Steuern holen muss.

Unterwegs hatten wir uns auch über die "Klavierseuche" unterhalten. Ich sagte ihm, wie spassig ich es fände, dass man vor allem auf dem Lande, so viele Pianos und Harmoniums findet, ohne dass ein Mensch der Familie spielen kann. Ja - und der Herr Gerichtsvollzieher hat mit mir über diesen Unsinn gelacht.

Ein Glück, dass ich diese Art Musikliebe nicht noch mehr veräppelte, denn der Gerichtsvollzieher hatte selber ein Harmonium und niemanden zum Spielen.

Am anderen Tage ging's weiter. Birkenes - Lillesand. Hier schlief ich im Bauernheim. L., eine kleine Stadt mit eigener "Bahnlinie". Ich fuhr dann mit so einem Monstrum und machte alle Schrecken von Roseggers Waldbauernbüben mit durch. Das schwankte, ratterte - ja, ich habe das erstemal Angst beim Bahnfahren gehabt. Man braucht nicht die Länge unseres E. zu haben, um sich den Schädel an den Telegraphenmasten einzurennen. Die stehen so nahe! Direkt

Lebensgefahr. Von Lillesand nach Grimstad. Wieder die feinen Wege. Man hat lange nicht das Gefühl, auf der Strasse zu "liegen", wie etwa in Deutschland. Autos fahren ziemlich viel, meistens Fords. Die Schofföre sind Artisten: Rasen einen Weg herunter bis zur Anlegebrücke und stoppen genau vorm Wasser. Auch auf den schmalen Brücken manövrieren sie geschickt und mit einer Ruhe, die direkt eine Beleidigung ist, wenn man spannend zusieht.

Auf dem Wege von Grimstad nach Arendal traf ich eine kleine Gesellschaft im Strassengraben. Dort war aus unbestimmbarem Grunde ein Ford hineingefahren. Der sah so demoliert aus, dass ich ihn liegengelassen hätte. Was macht die Gesellschaft? Sie angeln ihn raus. Sortieren die Glasscherben, biegen die dünnen Kotflügel ein wenig gerade, setzten sich in das wackelige Ding - und es fährt! Zum Totlachen ist der Optimismus der Leute. Und die Ruhe. Ein deutscher Schofför wäre mindestens eine Stunde mit dem Kopf in das Kühlergehäuse gekrochen und hätte dort herumgebastelt. Ohne sich davon zu überzeugen, ob der Kasten überhaupt noch läuft, setzten sich die Kerle rein und fanden es ganz selbstverständlich, dass er noch lief!

Auf dem Wege längs der Küste kommt man durch viele Fischerdörfer. Arme Leute - aber gutes Essen. Am nächsten Strassenmast hängen sie ihren Briefkasten auf - unverschlossen - und niemand nimmt ihnen etwas fort.

Norwegen hat nur 2 Millionen Einwohner, ich glaube, fast die Hälfte Kinder. 2 bis 3 Bauernhöfe und ein paar Dutzend Göhren. Wild und frech. Nebenher noch ein paar Grosseltern, die hier beim besten Willen nicht sterben wollen.

In Arendal, Stadt von 10 000 Einwohnern, will ich morgen früh herumstrolchen. Angeguckt wird man wie ein Neger. Hier gibt's auch eine eigene Parteizeitung. Aus ihr entnahm ich, dass in A. die "Wiege der norweg. Parteibewegung steht!" Sonnabend abend will ich in Twedestrand sein. Da hat die Partei ein Fest.

Mein Geld ist alle. Jetzt geht's "fechten" los. Den Bogen kriegt man schon raus. Das Kartenschreiben wird nicht gross in Frage kommen. Karte 15 Oere Marke 20 Oere, macht ca. 50 Pfg. Briefe kommen regelmässig. Ich kaufte mir noch einen Ski-Sweater, daher kein Geld mehr. Aber wir werden uns schon durchschlagen.

Wetter pompös. Die Leute ulkig: Sie können durchaus nicht begreifen, warum man hier herumläuft. Es gehen doch überall "bilruter" und "dampokiber". Und dann braucht man das Gepäck nicht tragen! Erzähle ihnen, dass es sogar Leute gibt, die draussen in Zelten schlafen und kochen - und sie vermuten irgend einen Südseeinsulaner in dir!

Ich bin gesund, guter Laune und munter!

Euer Hans.

Pullman=Porter.^x

Von W.E.B. Du Bois.

SPD. Nachstehend bringen wir zum erstenmal in deutscher Uebersetzung eine Episode aus dem Roman "Dark Princess" ("Schwarze Prinzessin"). W.E.B. Du Bois ist der Führer der amerikanischen Neger, Herausgeber der Zeitschrift "The Crisis", bekannter Essayist, Romanschriftsteller und Lyriker.

Georg.- An dem Namen war eigentlich nichts auszusetzen. Ein hübscher Name. Der "Vater" Amerikars und Matthias Towns' Stiefvater durften sich seiner rühmen. Wie oft suchte Matthias sich damit zu trösten! - Georg!

Und doch hatte ihn diese Bezeichnung aus dem Dienste der Schlafwagensellschaft gejagt, als er noch Student war und sich sein Kollegiangeld verdienen musste. Nicht das Ding an sich - aber das, was stillschweigend darin vor- ausgesetzt wurde, der Ton. Der gemeine Kerl, dem unverhoffter Verdienst es ge-

stattete, den Schlafwagen zu benützen - mit welcher Wollust brüllte er den Namer heraus! - Georg! - So schien es wenigstens dem Überempfindlichen Matthias. Denk darin lag: Erniedrigende Arbeit, gnädig gespendetes Trinkgeld, das Recht, einen Menschen nicht nur bei seinem Vornamen zu nennen, sondern sogar diesen Namen für ihn zu wählen, ihn zu zwingen, darauf zu hören.

Also erhob sich Mathias, Porter des Atlantazuges Nr. 183 der Pennsylvania Eisenbahn, und leistete der ungeduldig rufenden Stimme Folge....

"Gehören Sie einer Gewerkschaft an?" hatte ihn der Beamte beim Eintritt gefragt.

"Nein, Herr."

"Werden Sie sich einer Gewerkschaft anschliessen?"

"Weiss nicht viel davon."

"Na, ich will Ihnen mal was sagen. Wenn Sie Ihre Stelle behalten wollen, dann lassen Sie's lieber sein. Wir haben ja unsre eigene Gewerkschaft - genügt vollkommen, glauben Sie mir! Mit der Zeit werden wir diesen Radikalen, diesen Bolschewiken, die nur Unfrieden stiften, schon das Handwerk legen."

Darauf war Matthias in den Raum gegangen, wo die Porter ruhten und plauderten. Ein dunkler Winkel unterhalb der Treppe. Sie hatten nicht einmal versucht, ihn zu einem Versammlungsort einfachster Art zu gestalten. "Hört, Junge", fragte Matthias, "wie steht's mit der Gewerkschaft?" Keiner antwortete. Einige blickten ihn misstrauisch an. Andere schlurften hinaus. Schliesslich schob ein Mann näher. "Was hältst denn du davon?" Ehe Matthias erwidern konnte, hörte er eine Stimme neben sich flüstern: "'s ist ein Spitzel. Halt's Maul!"...

Auf der Rückfahrt war Matthias furchtbar müde, und die Reise begann, wie so oft, mit dem "verlorenen Gegenstand". Immer verlieren die Leute was im Schlafwagen und immer - offene Anschuldigung, hämische Seitenblicke oder Anspielungen - immer ist der schwarze Porter der Dieb. Diesmal vermisste eine fette aufgedonnerte Dame ihren Diamantenring. Ein Solitär, fünfhundert Dollar wert! Hab- ihn auf dem Fenstersims gelassen." Sie sprach laut und aufgeregt. Die Mitfahrenden horchten gespannt. Alle starrten Matthias an. Es ist nicht angenehm, schweigend des Diebstahls beschuldigt zu werden, sich unter anklagenden Blicken von zwei Dutzend Personen irgendwie rechtfertigen zu müssen. Matthias hob die Sitze aus, lüftete den Teppich, stöberte überall herum. Dann zog er die schmutzige Bettwäsche aus der Lade und prüfte sie, Stück für Stück. Durchsuchte auch den Ankleideraum der Dame. Schliesslich, als er mit dem brummenden Schaffner und den wispernden Passagieren zurückkam, fand er den Ring im Spucknapf. Die Dame schenkte ihm fünfzig Cents. Er hatte sein Frühstück verpasst; der Kopf schmerzte ihn zum Zerspringen.

Die unvermeidliche Dame mit dem Säugling war wütend. Denn über dem Suchen hatte er vergessen, warme Milch auf dem Speisewagen zu holen, und mittlerweile verwendete sie der Koch. Ein Herr fuhr über seine Station hinaus, weil man dem Schaffner die Haltestelle "nach Belieben" nicht angegeben hatte. Der Schaffner sagte, daran sei eben der Schwarze schuldig. "Verdammte Nigger, taugen zu gar nichts."

Natürlich nahmen alle Fahrenden an, Matthias sei ein lebendiges Konversationslexikon.

"Was für eine Stadt ist das?"

"Greensboro, gnädige Frau!"

"Wie heissen diese Berge?"

"Der "Blaue Sattel", Herr!"

"Und der Sturzbach da?"

"Ich weiss nicht, gnädige Frau."

"Was weisst du eigentlich?"

Matthias setzt schweigend das Abstauben fort.

"Ist das der Jamesfluss?"

"Ein Teil davon, gnädige Frau."

"Will der Schwarze noch witzig sein?"

Gellendes Klingeln. Matthias bringt, von Kopfschmerz betäubt, einen Becher Eiswasser nach dem andern - denn die Leute sind ja viel zu faul, ein paar Schritte zu machen und es selbst zu holen.

"Zum Teufel, warum kommst du nicht gleich, wenn man klingelt?" knurrt der Pokerspieler, der den Salonwagen innehat. Bring uns "C und C" = Ingwerbier und ein bisschen plötzlich!"

"Bedaure, wir führen....."

"Halt's Maul, Nigger!"

Matthias bringt also Cliequot Club, die einzige Sorte im Wagen. Der Passagier merkt offenbar den Unterschied nicht.

Abendessen. Ein freier Augenblick! Matthias setzt sich in einen Winkel, döst vor sich hin.

"Hörst du denn nicht?" brüllt ihn ein älterer Gentleman an. "Wie gelangt man in den Speisewagen?"

"Geradeaus, Herr, der zweite Wagen."

Der Mann schaut ihn an. "Auf dem Posten einschlafen - das ist nicht die rechte Art, in der Welt vorwärts zu kommen."

Matthias' Geduld ist zu Ende. In seinen Augen glimmert es drohend. Der Gentleman bemerkt es und sagt davonhastend: "Mein Vater hat für deine Befreiung gekämpft, junger Mann."

"Na, hat's verdammt schlecht gemacht", sagt Matthias. Er geht ins Klosett und versperrt die Türe - nur hier wird der Ruhe haben.

Es ist fast zehn Uhr, als das Abendessen für die Porter bereit ist. Die Herrschaften hatten sich zu Mittag so vollgefressen, dass sie erst spät wieder hungrig wurden. Die Speisereste waren kalt und spärlich, die Köche zu erschöpft, um sich darum zu kümmern. Und als Matthias den Wagen von neuem betritt, grüsst ihn ein Chor: "Wo ist denn der verdammte Porter?" - "Georg! Kannst du mir etwas Flüssiges herschaffen?" - "Nette Mädels im Zuge." - "Da wäre eine auf Nr. 5" - "Porter, willst du mir endlich das Bett machen! Schon zweimal bist du daran vorüberspaziert". - "Wasser!!" - "Wann kommen wir nach.." - "Reich mir den Handkoffer 'runter!" - "Wie soll ich da hinaufkraxeln? Gibt's kein unteres Bett mehr?" "Wie spät ist es?" - "Wann ist Frühstück?" - "Georg!!!" - "Rasch die Milch fürs Kind!" - "Eiswasser!" - "Meine Schuhe!" - -

Halbtot vor Erschöpfung taumelt Matthias bei der Ankunft aus dem Zuge und steigt in die Untergrundbahn nach Harlem.

(Berechtigte Verdeutschung von Anna Nussbaum.)

Der tote Eber.^x

SPD. Ein Wildschwein wurde überfahren. Mitten in Paris. Am hellen Tage. Nachmittags um fünf Uhr. Ein richtiges Wildschwein. Ganz in der Nähe der Markthallen.

Das war einmal eine Sache für die Müssiggänger und Gaffer. Die Strasse war schwarz von Menschen. Polizisten kamen im Sturmschritt gelaufen.

Es war über jeden Zweifel erhaben, dass es ein richtiges Wildschwein war. Ein ganz stattlicher Eber. Und sofort waren Leute da, die zwar schon grössere geschossen hatten, aber doch zugeben mussten, dass es schon ein ganz stattliches Tier war. Es stand unumstösslich fest, dass es von einem Auto überfahren worden war. Aber das Auto hatte sich aus dem Staube gemacht. Die Jagd begann. Es musste schon ein recht grosses Auto gewesen sein. Ein Lastauto sicher. Denn von einer kleinen Nuckepinne stirbt ein kapitaler Eber nicht sofort. Ein Rad war ihm über den Hals gegangen; man sah ganz deutlich die Spur, und aus dem Maule troff Blut. Nicht gerade viel, aber immerhin war es Blut.

Woher war das Wildschwein gekommen? Es wurde hin und her kombiniert und er wogen. Es wurde vorgeschlagen, an alle Zoologischen Gärten der Umgegend zu telephonieren. Ein Mann schlug vor, lieber an die Zeitungen zu telephonieren. Für die Meldung bekäme man sicher etwas. Aber ein anderer hielt ihn davon ab. Er sei selbst Journalist und schriebe bereits einen lokalen Leitartikel. Wobei er zur Bekräftigung dieser Behauptung mit einem Notizbuch und einem Bleistift in der Luft herumschwebte. Zwei Schutzleute begannen den Verkehr umzuleiten.

Da geschah etwas Tolles. Ein Mann bahnte sich den Weg durch die Menge, kniete vor dem toten Tiere nieder und begann, es so zu legen, dass die Füße zusammenkamen. Interessiert starrte die Menge. Plötzlich drehte sich der Mann um, riss mit einem Ruck das Tier hoch, schulterte es und zog damit ab.

Zuerst sagte niemand etwas. Auch die Schutzleute schauten sich erstaunt an. Dann schrie einer: "Das ist aber die Höhe der Frechheit. Haltet den Dieb!"

Das zündete. Alles schrie "Haltet den Dieb!" und setzte dem frechen Räuber nach. "Das wäre ein billiger Braten für den Kerl, was, Mutter?" kicherte ein zahn- lückiger Alter.

Inzwischen hatte man den Mann mit dem Eber eingeholt und zerrte ihm das Tier von der Schulter herunter. Die Schutzleute nahmen ihn in ihre Mitte.

"Am hellen Tage überfahrene Eber stehlen, das wäre ja noch schöner."

Der Mann schaute wie ein Idiot. Und dann fing er wie ein Idiot zu lachen an. Und je mehr er lachte, desto zorniger wurde die Menge. Als sie handgreiflich werden wollte, hörte der Mann endlich auf zu machen. Und erklärte, dass er Metzgerbursche sei, dass sein Meister den toten Eber in den Hallen gekauft habe und er das Tier auf sein kleines Auto geladen habe, um es nach Hause zu fahren. Unterwegs muss es dann irgendwo heruntergefallen sein, ohne dass er es gemerkt hatte.

"Aber Sie sehen doch ganz deutlich, dass der Eber überfahren wurde."

"Herr," sagte darauf der Metzgerbursche bescheiden, "meinen Sie, dass man nur lebendige Eber überfahren kann?"

Mario Mohr.

Das grosse Heimweh.

"Es packt einen wie Heimweh an,
Heimweh nach den Schlachtfeldern des gros-
sen Krieges. Heimweh nach dem Hunger und
Durst und dem Bluten und Sterben! Was war
schon ein Trommelfeuer!" - Aus einem Leit-
artikel des "Lokalanzeigers" aus Anlass der
Unterschrift Hindenburgs unter den Youngplan.

Aber Kinder, das könnt Ihr doch haben,
Das kostet nicht mehr als Volksbegehren.
Da machen wir Euch einen Schützengraben
Und kaufen Euch ein paar Kasten mit Schiessgewehren.

Dann trinkt ein paar Helle und macht Euch recht fein
Und singt Euer Lied "Wenn die Handgranate kracht, das Herz
im Leibe lacht!"

Aber der Musketier Hugenberg, Alfred, muss auch dabei sein.
Der Dr. Goebbels wird zur Strafe so lange ins Ausland gebracht

Das Ganze wird in einen Zirkus gebaut,
Und wir sitzen oben und sehn uns das an,
Wie Ihr Euch gegenseitig die Schädel verbaut.
Männer mit Heimweh gesucht! Ihr seid jetzt dran!

Arno Ullmann.

Die Galspacher Kur.

SPD. Mit dem Streit um die Methode des "Professor" Zeileis in Gallspach scheint es ähnlich zu gehen wie mit so vielen heftigen Fehden: beide Seiten haben in vieler Hinsicht Unrecht. Wahrscheinlich wird Zeileis weder der unumschränkte Wunderdoktor sein, als den ihn seine Anhänger blindlings ausgeben, noch dürfte er, wie es die offizielle ärztliche Wissenschaft fast einhellig annimmt, ein durchtriebener, gewissenloser Schwindler sein. Ein so kritischer Beobachter wie der Arzt und Journalist Dr. von Weisl, der sich längere Zeit an Ort und Stelle aufgehalten hat - sich schon darin angenehm von vielen anderen Kritikern unterscheidend - hält es durchaus für möglich, dass die von Zeileis verwendeten Hochfrequenzstrahlen eine bestimmte positive Wirkung im Sinne einer unspezifischen Reiztherapie ausüben. Darunter ist zu verstehen, dass der Reiz, ohne auf einzelne Krankheiten spezifisch einzuwirken, doch einen allgemeinen Erregungsstand des menschlichen Organismus hervorrufen kann, in dem Heilungsprozesse unerwarteter Natur auftreten. Dieser sogenannten unspezifischen Reiztherapie steht die heute im allgemeinen angewandte spezifische gegenüber, bei der gegen jede bestimmte Krankheit auch ein bestimmtes Heilmittel gegeben wird. Daneben hat sich allerdings die ärztliche Wissenschaft auch heute schon oft der unspezifischen Reiztherapie bedient: dazu gehören ebenso der Aderlass und der Priessnitz-Umschlag wie die moderne Gerson-Diät. Das Bedauerliche an der Verwendung dieser Art Therapie in Gallspach ist nur, dass sie einmal in ihrer Anwendung masslos übertrieben und das Verdienst von Zeileis, der nicht etwas der Entdecker, sondern höchstens der Wiederentdecker der Heilwirkung der Hochfrequenzstrahlen ist, stark überschätzt wird, dann aber vor allem, dass die Fälle einer sorgfältigen Beobachtung und Kontrolle entzogen werden, der systematische Ausbau einer Heilmethode also unterbunden wird. Neben dieser gelegentlichen Wirkung der Zeileis'schen Funkenbürste wird dann aber auch die Massensuggestion hier ihre ausserordentliche starke Wirkung nicht verfehlen.

Es ist sehr interessant, wie Dr. von Weisl berichtet, dass selbst er, als kritischer Beobachter und ohne von Zeileis seine Heilung zu erwarten, während des langen Aufenthaltes im Warteraum - die Wartezeit beträgt bei jeder der drei täglichen Behandlungen, die selbst nur wenige Sekunden in Anspruch nehmen, etwa eine halbe bis dreiviertel Stunden - von der allgemeinen Erregung der gläubigen Patientenmenge - etwa 180 Personen werden zugleich behandelt! - ergriffen worden sei. Daraus ist nun allerdings Zeileis gewiss kein Vorwurf zu machen, denn der Arzt wäre ungeschickt, der nicht auch den Faktor der Suggestion mit in der Behandlung benutzen würde. Gefährlich sind eben auch hier nur die masslosen Uebertreibungen, die sich die Anhänger der Gallspacher Methode zu Schulden kommen lassen, und denen Zeileis nicht entgegentritt. So wurden etwa für das Jahr 1929 nicht weniger als 150.000 Patienten herausgerechnet, weil man z.B. für jede Uebernachtung in Gallspach gleich einen Patienten rechnete, ohne einzubeziehen, dass jeder Patient mindestens 10 bis 12 Nächte am Orte bleibt; Rechenfehler, durch die sich die Zahl etwa in Wirklichkeit auf ein Zwanzigstel reduziert, nämlich ungefähr 18.000 Patienten.

Eine andere grosse Gefahr in der Gallspacher Methode liegt in der oft an Widersinn grenzenden schematischen Behandlungsart. So verpflichtet sich Zeileis fast alle Krankheiten, mit Ausnahme etwa von Hysterie und Geschlechtskrankheiten, mit ein und derselben Methode zu heilen. So z.B. auch Netzhautablösung, von der jeder Arzt auf das eindeutigste und bestimmteste weiss, und jeder Laie sich aus den anatomischen Grundlagen ebenso überzeugend sagen kann, dass sie mit Erblindung enden muss. Dadurch entsteht in vielen Fällen die traurige Tatsache, dass Leiden, die bei rechtzeitiger ärztlicher Behandlung heilbar gewesen wären, durch Verschleppung zum Tode führen. Man kann, wie gesagt, Zeileis und seine Anhänger nicht davon freisprechen, dass sie gerade durch die Uebertreibungen und Unklarheiten dieser Art sich selbst um allen wissenschaftlichen Kredit bringen.

während vielleicht gerade eine strenge und konsequente Nachprüfung der Hochfrequenzmethode vieles Positive aufdecken könnte.

SPD. Autostrasse auf den Grossglockner. In der Sitzung des Salzburger Landtages vom 11. März wurde die lange geplante Erbauung der "Grossglockner-Hochalpen-Automobilstrasse" beschlossen. Nicht zuletzt dürfte den Anlass dazu die unheimliche Arbeitslosigkeit gegeben haben, die in dem kleinen Lande Salzburg schon die Zahl von 10.000 überschritten hat. Die österreichische Bundesregierung, die sich der ausschlaggebenden Bedeutung dieses Baues für den österreichischen Fremdenverkehr voll bewusst ist, hat sich bereit erklärt, gemeinsam mit dem Lande eine Aktiengesellschaft zu gründen, an der sie mit 50 Prozent beteiligt sein wird. Der Restbetrag muss von den an diesem Bau interessierten Wirtschaftskreisen aufgebracht werden. Ausserdem wird, nach Erlangung der Konzession für das Tauernkraftwerk, von der Berliner A.E.G. ein grösserer Betrag, der früher für die Werkstrasse geplant war, nun zum Ausbau der Zubringerstrassen zur Verfügung gestellt werden. Augenblicklich hat man sich noch nicht darüber entschieden, welcher der beiden vorliegenden Pläne zur Durchführung gelangen soll: der vom Salzburger Landesbauamt ausgearbeitete oder jener des Kärntner Oberbaurates Walland. Die Baukosten dürften sich auf etwa 10 Millionen Schilling (6 Millionen Mark) belaufen. Die Dauer des Baues ist mit höchstens drei Jahren berechnet. Die Fahrkarte - Zoll am See-Heiligenblut und zurück - wird etwa 25 Schilling kosten. Die Grossglockner-Hochalpen-Automobilstrasse stellt die kürzeste Verbindung von der deutschen Ebene über den Gletscher nach dem Süden dar.

SPD. Begräbnismusik durch Rundfunk. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat neuerdings eine Radio-Gesellschaft vorgeschlagen, bei Beerdigungen Rundfunkmusik zu verwenden. Ein entsprechender Lautsprecher kann gut eine Musikkapelle ersetzen. Die Gesellschaft selbst würde an bestimmten Wochentagen "Begräbnisprogramme" senden lassen, die den Feierlichkeiten angepasst sind. Bis jetzt hat dieser echt amerikanische Vorschlag noch keine Zustimmung gefunden. Vielleicht hat man auch daran gedacht, dass die Begräbnisfeierlichkeiten sehr unerfreulich werden würden, wenn technische Störungen sich bemerkbar machen sollten.

SPD. Tarifpolitik vor 4000 Jahren. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, die noch bis in unsere Tage hinein lebhaft umstritten und als überhebliche Förderung der Arbeiterschaft bezeichnet worden ist, findet sich bereits in der Gesetzgebung des Königs Hammurabi von Babylon fast 2000 Jahre vor Chr. Auch Höchstpreise für Waren wurden damals schon festgesetzt.

SPD. Da wir nicht sicher sind, noch eine Minute zu leben, wollen wir keine Stunde verschwenden.
Benjamin Franklin.

SPD. Ein Arbeiter zu Fuss ist mehr wert als ein Adliger auf Rädern.
Benjamin Franklin.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

22)

SPD. Das ganze Kirchspiel ist da. Die Alten sind sorgfältig rasiert und rücken auf dem Nasenrücken umständlich Riesenbrillen zurecht, um im Gesangbuch dem Gottesdienst folgen zu können. Die jungen Leute, deren mit Wasser durchgekämmte Haare glänzen, drehen in respektvoller Verlegenheit ihre Mützen in der Hand und sehen geradeaus. Manchmal setzt ein Matrose, der Staatsmarine den dunklen Gewändern mit seinem hellblauen Kragen ein freundliches Licht auf. Haupt-sächlich aber ist die Kirche von einem Gewoge weisser Hauben erfüllt, von den ersten Reihen, wo die wohlhabenden Damen sitzen, deren Kleider mit breiten Samtstreifen besetzt sind, bis zu den letzten Reihen im Halbdunkel, wo das Grüppche der Alten, vergilbt, gefurcht und augenblinzelnd, den Rosenkranz stammelt, währen ihre Hauben aus der alten Zeit hin- und herwiegen.

Kommt man heraus, so kommt einem die Nacht sehr kalt und sehr dunkel vor. Mit der Dunkelheit dringen die Schatten der Legenden auf das Gemüt der Bretonen ein. Wer weiss, ob nicht im Stall Ochse und Esel nach dem Willen Gottes, wie man sagt, zur Erinnerung an Jesus Christus miteinander sprechen?

Wie wohl tut es dann, nach so viel Beklemmung die vertrauten Möbel des Hauses wieder vorzufinden... Wie wohltuend die warme Suppe, deren Hitze durch die Kehle in den Magen und in den ganzen Leib dringt!

All das sahen Houarz und Redec vor sich. Und das Rauschen des Sturmes war ihnen nicht furchtbarer, als das Geheul des Windes an Land, so sehr wurden sie von dem Schinken mit Kraut, vom Gebäck, besonders aber vom Apfelwein mit gerührtem Behagen erfüllt.

Sie assen langsam, ohne viel zu sprechen; sie schnitten das Brot in Stücke, die sie mit dem Daumen gegen das Messer drückten und dann zum Munde führten.

Je leerer die Schüsseln wurden, desto wortreicher und hitziger wurden sie. Houarz begann sogar Lieder zu singen. Und Redec stimmte ihm bei und war der Meinung, sie sollten ruhig singen, denn an Land würde ja jetzt auch gesungen. Und er sang ein altes Weihnachtslied. Aber Houarz wollte das letzte Wort haben und er sang ein Matrosenlied, und beide gerieten in so gute Stimmung, dass sie den Takt des Kehrreims mit kräftigen Schlägen auf dem Tisch unterstrichen.

Und dann begann Houarz ein paar saftige Geschichten aus Brest zu erzählen aus der Zeit, wo er noch in der Marine gedient hatte.

Ja, das war eine Zeit gewesen! Da hatte er niemanden gefürchtet, um mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, oder vor den Frauen zu grossen Mann zu spielen! Wenn er vorüberging, dann sahen sie ihm alle nach, in seiner ausgeschnittenen Bluse, "die ihm so gut stand". Ja, das war die schönste Zeit gewesen!

Immerhin - der Apfelwein begünstigte Geständnisse - immerhin hatte er auf Eroberungen noch nicht verzichtet... noch nicht... Und gerade zur Zeit...

Er schwieg. Er beobachtete Redec in der Erwartung, dieser werde ihn um Fortsetzung seiner Mitteilungen bitten. Der andere lachte mit leicht geneigtem Kopfe und voll geduldiger Nachsicht.

"Na? Und zur Zeit?"

Houarz zwirbelte kokett an seinem Schnurrbart.

"Na, das geht ganz gut... Man hat eine Bekanntschaftl... Immer, wenn ich an Land bin, kommt sie zu Besuch... O, eine fabelhafte Frau! Man kennt sich schon eine ganze Weile... Als ich sie zum ersten Male sah, war's in Brest bei Mutter Petoiseau, weisst du, in der Rue Suffren... "Zum flotten Kanonier"... Seitdem hat sie sich nicht verheiraten können... Und da treffe ich sie in Le Conquet wieder... Genau so schön wie damals. Haben gleich wieder miteinander verkehrt

Aber du musst sie ja kennen. Wohnt nicht weit vom Hafen. Eine grosse Brüneta...

"Ach, weisst du, ich!... Ich wohnte ja ganz am anderen Ende, bei der Kirche, und ich sehe weder nach rechts noch nach links..."

"Stimmt... Hast du denn gar keine Bekanntschaften, was?"

Redecs Gesicht nahm sofort einen verschwiegenen Ausdruck an.

"Das will ich nicht sagen..."

"Ach, du Geheimniskrämer! Macht seine Geschichten im Dunkeln! Husch, husch, und niemand hat's gesehen!..."

Und lachend gab Houarz ihm einen Puff in die Seite: "Auf die Gesundheit deiner Liebsten, alter Junge!"

Und er goss mit solchem Ungestüm ein, dass der verschüttete Apfelwein auf dem Tisch eine grosse, zitternde Lache bildete.

Da er jedoch im Grunde verärgert war, dass Redec ihn nicht weiter fragte und ermutigte, den Namen seiner Eroberung zu sagen, fuhr er fort: "Du musst sie kennen, meine kleine Freundin... Kennst ja ihren Mann..."

"So?"

"Na, das will ich meinen... Du hast ja..."

-Und er sticte fast vor Lachen, so gelungen schien ihm der Spass.-

"Wir haben ihn ja heute abend erwartet..."

Redec erbleichte und stand mit einem Ruck auf.

"Corentine!"

Der andere begriff diese plötzliche Aufwallung, diese Aenderung im Ton nicht.

"Corentine," stammelte Redec, "meinst du Corentine?"

"Natürlich! Na, und?"

"Nein, nein, sag' es noch einmal, ich muss es wissen!... Corentine? Gounits Frau?"

Houarz grinste.

"Bist du verrückt geworden? Was geht es denn dich an, was Corentine mit mir treibt?"

Aber Redec stützte beide Fäuste auf den Tisch und schrie ihm ins Gesicht:

"Du Lump hast sie schlecht gemacht! Hund! Bleib bei deinen Weibern in Bres und verleumde diese Frau nicht, die mehr wert ist als du und als wir alle!"

Der friedliche Redec war nicht wiederzuerkennen. Seine Augen traten aus den Höhlen. Sein Bart sträubte sich wie das Fell eines wütenden Hundes. Auch Houarz war aufgestanden. Die wilde Streitlust der Säufer in den Schenken ergriff sein Gehirn. Er hatte seinen Stuhl bei der Lehne gepackt, um jederzeit mit ihm loszuschlagen. Aber Redec fiel in sich zusammen wie eine vom Faden gerissene Marionette und stützte starren Auges die Wange in die Hand: "Ist das denn möglich?"

Seine Haltung besänftigte die Wut des anderen. Eine peinliche und lange Stille trat ein: man hörte nur das Tick-Tack des Rotationsmechanismus und das Anschlagen der Wellen gegen den Turm.

Um die Situation zu lösen, sagte Houarz ein paar beruhigende Worte. Redec schien nichts zu hören. Er schüttelte den Kopf, als wollte er sich selbst die Antwort "Nein" geben, und betrachtete nachdenklich eine Gabel, die er in der Hand hielt, ohne sie zu sehen.

Plötzlich sagte er, ohne dass er gefragt worden wäre: "Und dabei hatte sie mir bei Gott geschworen, sie hätte niemanden - nur mich!"

(Fortsetzung folgt)

Deutscher Reichstag

172. Sitzung vom 18. März 1930.

SPD. Der Reichstag lehnte am Dienstag nachmittag alle zur dritten Beratung des Republikenschutzgesetzes gestellten Streichungs- und Änderungsanträge ab. § 6 - Bestrafung von Beschimpfungen der Republik, der Verfassung, eines verstorbenen Reichspräsidenten oder verstorbenen Reichs- oder Landesministers, sowie der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Verherrlichung eines Hochverrats an der Republik usw. wird mit 265 Stimmen der Regierungsparteien gegen 151 Stimmen der Rechten, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. § 10 - Auflösung von Vereinen - wird mit 366 gegen 148 Stimmen angenommen. Die Gesamtabstimmung ergibt die Annahme des neuen Republikenschutzgesetzes mit 266 gegen 150 Stimmen. (Pfuirufe der Kom). Für die Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen auf Hinausschiebung der Verkündung des Gesetzes stimmen 120, dagegen 255 Mitglieder. Die Aussetzung ist somit nicht beschlossen, da nicht ein Drittel der Anwesenden erreicht ist.

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister wird mit 341 Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen 70 Stimmen der Kommunisten und der kleinen Rechtsgruppen bei 5 Enthaltungen angenommen. Damit ist das Erfordernis erfüllt, dass Zweidrittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstages an der Abstimmung teilgenommen und Zweidrittel davon für die Vorlage gestimmt haben.

Der Präsident fragt nun, ob der Antrag der Regierungsparteien, die Proklamation des Reichspräsidenten, mit der er die Unterzeichnung der Younggesetze öffentlich begründet hat, öffentlich anzuschlagen, noch heute erledigt werden könnte. Lebhafter Widerspruch der Rechten vereitelt diese Absicht.

Die Beschlussfassung über diesen Antrag steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung am Mittwoch 11 Uhr; ausserdem 1. Lesung der Zoll- und Steuervorlagen. - Schluss 16 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 18. März (Sig. Ber.)

In der Dienstag-Sitzung des Landtags gab Abgeordneter Bork (Dnat.) eine Erklärung ausserhalb der Tagesordnung ab, in der Bezug genommen wird auf eine Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion wegen des Verhaltens der Staatsregierung zum Volkstrauertag. Die Beantwortung dieser Anfrage sei durch eine Veröffentlichung des "Amtlichen Preussischen Pressedienstes" vorweggenommen worden, in der jedoch ausdrücklich gesagt ist, dass sich der Ministerpräsident die offizielle Beantwortung im Landtag noch vorbehalte. Die deutschnationale Fraktion protestiere gegen diese ungewöhnliche Form der Beantwortung, die bereits auf Einzelheiten der Anfrage eingehe. In dieser Verlautbarung des "Amtlichen Pressedienstes" sehe seine Fraktion eine Beschimpfung aller nicht den derzeitigen Regierungsparteien angehörenden Deutschen. (Sehr wahr! rechts, grosser Lärm links)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und überweist ohne Debatte den Antrag von Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei der die Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung, die bisher nur für das Plenum galten, auch auf die Ausschüsse übertragen will, dem Geschäftsordnungsausschuss. Den Anlass dazu haben die Obstruktionsversuche des Abg. Schulze-Neukölln (Komm.) im Hauptausschuss gegeben. Dagegen soll das Hausrecht dem Präsidenten vorbehalten bleiben.

Es folgt die dritte Beratung eines Zentrumsantrages auf Annahme eines Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Altersgrenze der Hochschullehrer von 65 auf 68 Jahre. Ohne Aussprache stimmt das Haus dem Antrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten zu. Hierauf wird die Beratung der beiden Gesetzentwürfe über die Verlängerung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer bis 31. März 1931 miteinander verbunden.

Abg. Schulze-Stapen (Dnat.) setzt sich für den Einheitswert als Grundlage der Grundvermögensbesteuerung ein. - Abg. Jacobi-Raffauf (Z.) hält die Einheitswertung des Einheitswertes jetzt für undurchführbar. Seine Fraktion wird der Verlängerung der Gesetze um ein Jahr zustimmen.

Abg. von Fynern (D.Vp.) begründet Abänderungsanträge seiner Fraktion auf Herabsetzung der beiden Steuern und fordert Freistellung der Landwirtschaft von der Grundsteuer für 1930. - Abg. Falk (Dem.) wendet sich gegen die Abänderungsanträge der Volkspartei, die einen Ausfall von 200 Mill. Mark ergeben würden. Der Vorredner habe keinen Weg gezeigt, diese Ausfälle im Etat zu decken. - Abg. Oberdörster (Komm.) wendet sich gegen beide Steuern.

Abg. Wentz (Wirt.Pt.) erklärt beide Steuern für ungerecht und drückend. Sie seien dazu auf einer ganz falschen Bewertungsgrundlage aufgebaut.

Abg. Herdes (Dt. Frakt.) lehnt die Verlängerung der Steuern ab, weil sie untragbar sind. - Abg. Kaufmann-Elberfeld (Nat.-Soz.) hält die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft für notwendig, solange der Staat noch mit solchen Steuergesetzen arbeite. Die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer würden ungerechtorweise nicht zum Wohnungsbau verwendet, sondern zur Reparationsleistungen. Seine Fraktion werde gegen die Steuergesetze stimmen. - Abg. Howe (Dtn.) bedauert die Ablehnung der deutschnationalen Abänderungsanträge im Ausschuss durch die Regierungsparteien.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Wir können uns als Regierungsparteien nicht den Luxus erlauben, gegen die Verlängerung der Steuergesetze zu stimmen. Auch die Deutschnationalen haben früher, als sie in der Reichsregierung sassen, das Reichshauszinssteuergesetz

angenommen. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die geforderten Abstriche der Volkspartei können wir nicht mitmachen, da sie einen Ausfall von rund 200 Millionen bedeuten würden. Es zeugt nicht gerade von Verantwortlichkeitsgefühl, wenn die Volkspartei für diesen Ausfall keine Deckungsvorschläge macht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegenüber der kommunistischen Kritik ist zu sagen, dass an der jetzigen Erhebungsgrundlage der Hauszinssteuer die Kommunisten selbst schuld sind. Sie haben früher gegen das Gebäudeentschuldungssteuergesetz gestimmt, das ein erhebliches Mehr an Einnahmen bringen sollte, ohne dabei die Lasten der Mieter zu erhöhen. Die frühere Generation der Kommunisten hat schliesslich auch eingesehen, dass sie damit einen entscheidenden Fehler gemacht hat. Die nach der Wahl hier eingezogene neue Garnitur von Kommunisten weiss davon allerdings nichts. Da diese Garnituren nach den Wahlen immer wieder erneuert werden, werden wir wohl nie mit dem Einüben fertig werden. (Heiterkeit) Die Behauptung, dass die Regierungsparteien die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwerten wollen, sind unwahr. Im Reichstag ist der sozialdemokratische Antrag, dass diese Rückflüsse nur für den Wohnungsbau dienen sollen, angenommen und damit ist auch für den preussischen Finanzminister die Richtlinie gegeben. Der kommunistische Redner muss auch als Mitglied des Beirats wissen, dass die Mittel des Ausgleichsfonds nur für den Wohnungsbau verwendet werden und nicht zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt herangezogen werden dürfen. Die Ausführungen des Nationalsozialisten Kaufmann waren einen Ausflug in unbekannte Gefilde. Von der Wohnungswirtschaft versteht er offenbar nichts, sonst hätte er nicht behaupten können, dass die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für Reparationen verwertet werden; es kommen da rund 12 Millionen in Frage. Zum Glück ist die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft nicht von den Nationalsozialisten abhängig. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen, ehe an die Nationalsozialisten zu denken war und sie wird diese Interessen weiter vertreten, wenn die Nationalsozialisten längst vergessen sein werden. (Beifall bei den Soz.)

Damit ist die Aussprache beendet. Die Abstimmungen finden am Mittwoch statt. Es folgt die zweite Lesung der Aenderung der Bestimmungen über die Auflösung der Familiengüter und Hausvermögen (Fideikomnisse).

Als Berichterstatter hebt Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hervor, dass nach der Regierungsvorlage als Stichtag für die Auflösung der Fideikomnisse der 1. April 1935 vorgesehen war. Der Rechtsausschuss hat den Zeitpunkt auf den 1. Juli 1940 hinausgeschoben. Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein neuer Antrag eingegangen, als Stichtag den 1. Juli 1938 festzusetzen. Die freiwillige und beschleunigte Auflösung soll durch Herabsetzung der Gebühren gefördert werden. Die Bestimmungen des Entwurfs sollen zunächst den Gläubigern des Fideikommissbesitzers zugute kommen, dann aber sollen Familienstreitigkeiten und Ungerechtigkeiten, die die Folge des jetzigen Fideikommissystems sind, durch anderweitige Regelung der Nachfolge geregelt werden. Ebenso soll der Kreis der Abfindungsberechtigten eingeschränkt werden.

Justizminister Dr. Schmidt

betont, dass die Fülle eine Vorlage wirtschaftlicher und rechtlicher Fragen enthalte. Die Auflösung der Familiengüter solle durch Erleichterung der freiwilligen Auflösung und durch Einführung eines Stichtages beschleunigt werden. Während des Auflösungsstadiums werde die Vorzugsstellung des nächsten Folgers gegenüber den übrigen Angehörigen wesentlich gemildert und ein Ausgleich mit dem allgemeinen Erbrecht geschaffen. Weiter werde die Rechtsstellung der Fideikommissgläubiger erheblich verbessert. Erfreulicherweise habe der Ausschuss die Verfassungswidrigkeit des Entwurfs verneint. Dagegen gehe der Beschluss des Rechtsausschusses, als Stichtag den 1. Juli 1940 festzusetzen, zu weit. Die Öffentlichkeit könne nicht verstehen, dass der kategorischen Anordnung der Reichsverfas-

sung, die Fideikommissse aufzulösen, bis heute nicht entsprochen sei. Er bitte dringend, sich auf die mittlere Linie, d. h. auf 1938, festzulegen. Die Aenderung des Abfindungsrechts sei besonders notwendig, um unbillige und unzeitgemässe Auswirkungen des Fideikommissrechts zu mildern. Die Lebensfähigkeit der Fideikommissgüter werde dadurch nicht in Frage gestellt. Das im Entwurf kodifizierte Waldschutzrecht sei überraschenderweise von der Seite angegriffen, die sich bis jetzt für den Waldschutz eingesetzt habe. Er hoffe zuversichtlich, dass nach der gründlichen Vorarbeit des Ausschusses der Landtag zu einer befriedigenden Lösung gelangt.

Abg. Dr. Deerberg (Dtn.) erklärt, dass die Vorlage nicht notwendig gewesen sei, da sich Misstände in Bezug auf die Gläubiger und Abfindungsberechtigten bisher nicht ergeben hätten. Man wolle den Gläubigern das Recht des Eingriffs in das Stammvermögen nehmen. Er glaube nicht, dass die Vorlage verfassungsmässig ist. Eine sich in dieser Hinsicht wegen des Bergrechts ergangene Entscheidung des Staatsgerichtshofs stehe im Gegensatz zur Judikatur des Reichsgerichts. Für die Erhaltung des Rechtsstaates spiele es keine Rolle, ob Fideikommiss populär oder unpopulär sind.

Abg. Schmelzer (Ztr.) stellt sich für seine Fraktion auf den Boden der Vorlage.

Abg. Schulz=Neukölln (Komm.) erklärt, dass die Kommunisten mit den Fideikommissen als rechtliche und ökonomische Erscheinung längst aufgeräumt hätten, wenn sie zur Macht gekommen wären. Die Vorlage sei durch die Schuld der Sozialdemokraten völlig unzureichend. Seine Fraktion verlange entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes.

Hierauf wird die Aussprache abgebrochen.— Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 19. März vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister, Abstimmung über die Verlängerung der Hauszins- und Grundvermögenssteuer und über den Handelsetat. Fortsetzung der Aussprache über die Auflösung der Fideikommissse, kleine Vorlagen.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 18. März (Eig. Ber.)

Die Dienstagsitzung des Landtags wurde mit einer Erklärung des deutsch-nationalen Abg. Borck eröffnet, die sich mit einer Verlautbarung des "Amtl. preussischen Pressedienstes" beschäftigte. Diese Verlautbarung nimmt Bezug auf eine deutschnationale grosse Anfrage über die Stellungnahme der Staatsregierung zu dem von privaten Organisationen propagierten Volkstrauertag. Die Deutschnationalen fanden es nun ungehörig, dass der "Amtl. Pressedienst" die offizielle Beantwortung dieser Anfrage im Landtag gewissermassen vorweg nimmt. Form und Inhalt der Pressenotiz bezeichnen sie als ungehörig und als eine Beschimpfung aller Deutschen, die nicht den Regierungsparteien angehören. Es sei eine parteipolitische Polemik gegen diejenigen, die in den am Sonntag von der Sozialdemokratischen Partei und dem Reichsbanner veranstalteten Hasskundgebungen eine gewollte Störung der Einheitlichkeit des Gefallenengedenktages erblickten. Und dafür wollen sie nun auch den Ministerpräsidenten und den Leiter des Amtlichen Pressedienstes zur Verantwortung ziehen.

Ohne Aussprache überwies das Haus dann einen Antrag der Regierungsparteien und der Volkspartei an den Geschäftsordnungsausschuss, der die Ordnungsbestimmungen der Geschäftsordnung für das Plenum auch auf die Ausschüsse übertragen will. Leider ist dieser Antrag durch die Rüpeleien des Kommunisten Schulz=Neukölln im Hauptausschuss notwendig geworden.— In dritter Lesung wurde der auf

Zentrumsantrag eingebrachte Gesetzentwurf über die Heraufsetzung der Altersgrenze der Hochschullehrer von 65 auf 68 Jahre angenommen.

In der hierauf fortgesetzten Debatte über die Verlängerung der Hauszins- und Grundvermögenssteuer nahm als letzter Redner für die sozialdemokratische Fraktion noch einmal Abg. Meyer-Solingen das Wort, um sich mit den Gegnern der Gesetze auseinander zu setzen. Die Abstimmungen über diese Vorlagen finden am Mittwoch statt.

Anschliessend begann das Haus mit der zweiten Lesung der Vorlage betr. die Änderung der Bestimmungen über die Auflösung der Familiengüter und Hausvermögen der sogen. Fideikomnisse. Diese Vorlage hat als Grundlage einen schon im November 1928 eingebrachten und angenommenen sozialdemokratischen Antrag. Sie sieht als Stichtag für die Auflösung der Fideikomnisse den 1. April 1935 vor. Der Recht ausschuss hat ihn jedoch auf den 1. Juli 1940 hinausgeschoben und inzwischen ist von den Regierungsparteien ein Kompromissantrag eingegangen, als Stichtag den 1. Juli 1938 festzusetzen. Nach der Familiengüterverordnung und der Zwangsauflösungsverordnung von 1920 sollte die Auflösung der Fideikomnisse etc. den Zweck haben, durch Schaffung von Verkehrsfreiheit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Güter zu erhöhen. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Die noch geltende Beschränkung der Haftung der Fideikomnissebesitzer für Schulden verstösst gegen Treu und Glauben, gegen die Sicherheit des Verkehrs, hat zu schweren wirtschaftlichen Schäden geführt. Ausserdem ergeben sich aus der Sonderstellung der Fideikomnisse in vielen Fällen Familienstreitigkeiten und Ungerechtigkeiten. Der Entwurf will ausserdem die freiwillige und beschleunigte Auflösung durch Herabsetzung der Gebühren fördern.

Justizminister Dr. Schmidt begründete die Vorlage mit dem Hinweis, dass die Öffentlichkeit nicht verstehen könne, dass der kategorischen Anordnung der Reichsverfassung, die Fideikomnisse aufzulösen, bis jetzt nicht entsprochen sei.

Abg. Dr. Deerberg (Dtn.) hielt die Vorlage für verfassungswidrig und für unvereinbar mit den Prinzipien eines Rechtsstaates. Für das Zentrum stellte sich Abg. Schmelzer auf den Boden der Vorlage, während Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) bei dieser Gelegenheit eine ganze Stunde auf Grossgrundbesitzer und Sozialdemokraten schimpfte. - Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die volksparteiliche Erklärung befasst sich dann mit der Stellungnahme des Putschisten Frick im Reichstag zum Youngplan und bringt eine "entschiedene Missbilligung" zum Ausdruck. Die Volkspartei warne ferner davor hinsichtlich des Schulfriedens den Bogen nicht zu überspannen. Wörtlich heisst es dann zum Schluss :

"Wenn wir aus diesen Vorgängen nicht die letzten Folgerungen ziehen, so geschieht es abermals in Anbetracht der schwierigen Lage Thüringens, die bei einer erneuten Regierungskrise katastrophal sein würde. Staatsminister Dr. Frick und die Nationalsozialisten haben es daher in der Hand, ob sie diese Krise vermeiden wollen. Wenn ihnen ernstlich daran gelegen ist, dem Wohle Thüringens zu dienen, so müssen wir aufs dringendste ersuchen, in Zukunft mehr als bisher auch auf die anderen, die Regierung tragenden Parteien, die durch die Koalition gebotene Rücksicht zu nehmen."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)